

Bezugspreis:
Für den Monat Juli 30 000 M.
...
Telegraphische Adressen:
„Vormärts“ Berlin“

Vormärts

Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis:
Die einseitige Anzeigenzeile
...
Anzeigen für die nächste Nummer
...
Anzeigen für die nächste Nummer
...
Anzeigen für die nächste Nummer
...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 21. Juli 1923

Vormärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion
der Dankschaft-Gesellschaft, Teplitzstraße 3

Wer ließ Ehrhardt entweichen?

Die sächsische Regierung klagt an.

Die sächsische Regierung läßt durch ihre Nachrichtenstelle folgende aufsehenerregende Mitteilungen verbreiten:

Man versucht in der Öffentlichkeit, die Schuld an der Entweichung Ehrhardts den Beamten des Leipziger Untersuchungsgefängnisses in die Schuhe zu schieben. Die mit der amtlichen Untersuchung betrauten sächsischen Behörden konnten bisher und können auch heute noch nicht der Öffentlichkeit das hierüber vorhandene Material unterbreiten, weil der Fortgang der Ermittlungen nicht geführt werden darf. Der Öffentlichkeit nicht länger vorenthalten werden sollen jedoch folgende Tatsachen.

Die Untersuchung gegen Ehrhardt wurde nicht von sächsischen Beamten, sondern von Beamten des Reichsgerichts geführt. Als der Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik Reichsgerichtsrat Dr. Reß die Ehrhardtsche Voruntersuchung übernahm, ordnete er die strenge Überwachung des Verkehrs Ehrhardts mit der Außenwelt an. Die an Ehrhardt gerichteten Sendungen (Lebensmittel, Zeitungen, Bücher usw.) wurden im Staatsgerichtshof genau untersucht, ehe sie an das Gefängnis zur Auslieferung an Ehrhardt weitergegeben wurden. Den Briefwechsel Ehrhardts hat Dr. Reß stets ausschließlich persönlich überwacht. Besuche bei Ehrhardt sind nur in sehr beschränktem Umfang und ständig nur unter Aufsicht des Untersuchungsrichters Dr. Reß selbst, mitunter auch eines Bureaubeamten des Staatsgerichtshofs zugelassen worden.

Die Behandlung Ehrhardts wurde wesentlich anders, als am 15. März 1923 die Voruntersuchung geschlossen und Ehrhardt damit der Verfügung des Vorstehenden des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik, des Senatspräsidenten beim Reichsgericht Dr. Schmidt, unterstellt wurde. Zwar hat Dr. Schmidt auf Anregung des Untersuchungsrichters Dr. Reß und des Oberreichsanwalts formell die Fortdauer der von Dr. Reß getroffenen Sicherungsmaßnahmen angeordnet. Tatsächlich sind jedoch diese Sicherungsmaßnahmen vom Präsidenten Dr. Schmidt nicht mehr in genügendem Maße eingehalten worden. Der Briefwechsel Ehrhardts wurde nicht vom Präsidenten Dr. Schmidt, sondern in dessen Auftrage allgemein lediglich von einem Bureaubeamten überwacht. Besuche bei Ehrhardt wurden in erweitertem Umfang gestattet. Durch allgemeine Verfügung Dr. Schmidts vom 19. März 1923 wurde die Erstellung der Sprecheraufnahme „in zweifelsfreien Fällen“ unbegrenzt überlassen einem Bureaubeamten des Reichsgerichts übertragen. Eine Reihe von Besuchen bei Ehrhardt hat Dr. Schmidt ohne die selbstverständliche Zustimmung einer Aufsichtsperson erlaubt. So haben Frau Ehrhardt Ende Juni 1923 und Ehrhardts Vater, Karl Ehrhardt aus Hamburg, etwa acht Tage vor der Entweichung, je an einem Tage vormittags und nachmittags stundenlang mit Ehrhardt im Gefängnis ohne die geringste Überwachung verhandelt. Dies geschah, obwohl ein Briefschreiber in einem beim Staatsgerichtshof zur Kontrolle vorgelegten Briefe an Ehrhardt Anfang Juli 1923 von einem bevorstehenden für Ehrhardt erfreulichen Ereignis (!) gesprochen hatte.

Ehrhardt selbst hat einem seiner Verteidiger gegenüber einerseits sein Erstaunen, andererseits seine Befriedigung über diese ihm von Dr. Schmidt eingeräumten unerwarteten und ihm die flucht ermöglichten Vergünstigungen ausgesprochen. Dabei ist Karl Ehrhardt (Hamburg) ein Mann, der über große Geldmittel verfügt, gute Beziehungen zu Ehrhardts Freunden unterhält und sich ganz offen seiner Verbindungen mit dem Reichskanzler Cuno und dem Reichsjustizminister Dr. Heinze rühmt!

Dem Bureaubeamten des Staatsgerichtshofs, der Karl Ehrhardt ins Gefängnis zu Ehrhardt begleitet hat, hat Präsident Dr. Schmidt ausdrücklich unterlagt, der Unterredung beizuwohnen. Eine Untersuchung Karl Ehrhardts und der sonstigen Personen, die Ehrhardt ohne Zeugen besuchen durften, daraus, welche Gegenstände sie etwa Ehrhardt mitbrachten, ist nie erfolgt. Diese Besucher konnten also nicht nur mit Ehrhardt fluchtplanen bis in alle Einzelheiten besprechen, sondern ihm auch die erforderlichen Hilfsmittel zur Flucht in die Hand spielen.

Den geschlossenen Verkehr Ehrhardts mit der Außenwelt konnte die Gefängnisverwaltung nicht verhindern. Denn nach den gesetzlichen Vorschriften war hierfür allein die Anordnung des Präsidenten Dr. Schmidt maßgebend. Die Gefängnisverwaltung mußte also diesen außergewöhnlichen und höchst bedenklichen Verkehr dulden. Die Verantwortung für die Folgen dieses Verkehrs Ehrhardts mit der Außenwelt trägt allein der aus dem Reichsjustizministerium unterstellte Vorstehende des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik.

Präsident Dr. Schmidt hat in den letzten Tagen einem Beauftragten der sächsischen Regierung gegenüber, der ihn nach der Entweichung Ehrhardts um Auskunft über den Inhalt seiner Maßnahmen zur Sicherung der ungestörten Fortdauer der Untersuchungsarbeit Ehrhardts ersuchte, unter Berufung auf seine Stellung als Senatspräsident des Reichsgerichts und als Vorsitzender des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik erklärt, er schulde niemandem Rechenschaft über seine Maßnahmen, er sei nur sich selbst und dem Reichsjustizminister verantwortlich, er habe sich keine Vorschriften machen, er mache, was er wolle. Eine

Verantwortlichkeit gegenüber der Öffentlichkeit könne er nicht anerkennen.

Die sächsische Regierung behält sich vor, gegebenenfalls weitere für die Beurteilung der Schuldfrage wesentliche Tatsachen bekanntzugeben, sobald das der Stand des Verfahrens gestattet wird.

Diese sachlich nüchterne Darstellung enthält so schwere Anschuldigungen gegen den Präsidenten des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik und damit auch gegen das Reichsjustizministerium, daß wir erwarten müssen, Herr Dr. Heinze werde bald und ausführlich sich über diese Vorwürfe äußern. Er ist ja sonst sehr schweigsam und hat sich bis heute noch nicht geäußert zu der in Berliner Blättern mitgeteilten seltsamen Tatsache, daß die Akten der Sache Kofsbach oft zwischen Berlin und Leipzig hin- und herwandern und dann oft sehr lange im Reichsjustizministerium lagern. Infolgedessen schleppt sich der Kofsbach-Prozess hin, wie der Prozess gegen den Schriftsteller Dehme. Erst aus den Meldungen über die Widerverhaftung der Kofsbach-Leute mit dem Parocher Feme-Wort hat man erfahren, daß mit Ausnahme Kofsbachs alle seine Mitbeschuldigten still aus der Untersuchungshaft entlassen waren. Was sie natürlich alsbald ausnützten, um den Parocher Mordern jede gewünschte Hilfe angedeihen zu lassen.

Die Anklagen der sächsischen Regierung gegen den Präsidenten des Staatsgerichtshofs sind ja schwerwiegender Natur, daß das Reichsjustizministerium schleunigst der Öffentlichkeit mitteilen muß, was daran nach seiner Meinung Wahres ist. Wenn wirklich den Verwandten Ehrhardts die unglaubliche Freiheit im Verkehr mit einem Untersuchungsgefangenen gewährt worden ist, trotzdem sich Karl Ehrhardt seiner Beziehungen zu Cuno und Heinze rühmt, dann wäre das ein Skandal, der selbst vor dem Staatsgerichtshof gehörte.

Die Untersuchung gegen Kofsbach.

Vernehmung des Generals v. Seekt.

Wie die B.S.-Korrespondenz von gut unterrichteter Seite erfährt, ist die Untersuchung gegen Kofsbach im großen und ganzen beendet, ohne jedoch bisher offiziell abgeschlossen zu sein. Es fehlt nämlich bisher noch immer die Entscheidung über eine etwaige Vernehmung des Chefs der Heeresleitung, Generals v. Seekt, über die Wahrnehmungen, die ihm hinsichtlich der Tätigkeit Kofsbachs bekannt geworden sind. Ueber die eventuelle Notwendigkeit seiner Vernehmung wird der Untersuchungsrichter beim Staatsgerichtshof, Dr. Richter, dem Reichswehrminister, sobald dieser von seinem Urlaub zurückgekehrt ist, Vortrag halten. Dr. Richter hat dann zu entscheiden, ob General v. Seekt von seiner Amtsschwierigkeit in Sachen Kofsbach zu entbinden ist. Auf jeden Fall kann man jetzt damit rechnen, daß noch im Laufe des kommenden Monats die Untersuchung abgeschlossen und eine Entscheidung darüber getroffen wird, ob auf Grund des Untersuchungsergebnisses die Erhebung der Anklage gegen Kofsbach erfolgt.

Deutsche Erklärung in London.

London, 20. Juli. (W.B.) Heute morgen ist noch ein offizielles Telegramm aus Berlin eingetroffen, worin wiederholt erklärt wird, daß keine deutsche Regierung vom passiven Widerstand ohne gewisse Garantien abgehen könne. Es wird erklärt, es sei auch durchaus unrichtig, daß Deutschland Großbritannien ersucht habe, die französische Regierung zu veranlassen, irgendeine besondere Aktion zu unternehmen. Es besteht Grund zur Annahme, daß Deutschland bereit sein werde, bei der Erreichung einer Formel mitzuwirken, vorausgesetzt, daß die Zurückziehung der Franzosen allmählich, z. B. in drei Etappen, stattfinden würde, in welchem Falle Deutschland einwandfreie Garantien geben würde. Zuerst sollte Frankreich die Zollverwaltung im Ruhrgebiet wieder zulassen und die ausgewiesenen Deutschen ins Ruhrgebiet wieder zurücklassen. Eine von den zahlreichen Anforderungen sind unformell gemacht worden, es wird daher wiederholt, daß keine neuen Vorschläge gemacht worden sind, die Deutschland als eine Antwort auf seine letzte Note betrachte.

Antwortentwurf und Mantelnote fertig gestellt.

London, 20. Juli. (W.B.) Das Reichsjustizbureau erfährt, daß der Entwurf der Antwort an Deutschland und die Mantelnote an die Alliierten nunmehr vom Kabinett fertiggestellt worden sind und sobald wie möglich nach Paris, Brüssel, Rom und Tokio und zur Information nach Washington gesandt werden. Man hält es für möglich, daß die Note bereits morgen in Händen der französischen Regierung sein wird.

Oppositionsflug in Lettland. Im lettischen Parlament wurde der Haushalt des Unterrichtsministers mit 48 gegen 41 Stimmen abgelehnt, dagegen stimmten auch die nationalen Widerbehalten.

Der Dollar und die Arbeiter.

Zatunlosigkeit oben. — Aktivität von unten!

Nur Missionisten konnten erwarten, daß der erste Vorstoß zur Erreichung wertbeständiger Löhne sofort eine allgemeine Sicherung der Arbeiterkraft gegen die Entwertung ihres Lohnes bringen würde. Gleichwohl wurde bereits in den ersten Tarifen Grundlegendes erreicht. Noch bis vor kurzem war es Sitte vieler Unternehmer und weiser Kreise des Bürgertums, auf die zahllosen Lohn-„erhöhungen“ hinzuweisen, welche die Arbeiterkraft in mühevollen Kämpfen um ihr Recht auf das nackte Leben durchgefochten hatte. Es waren aber keine Erhöhungen des Lohnes; einwandfrei steht heute fest, daß die Kaufkraft des Lohnes in demselben Verhältnis gesunken ist wie die Papiermark sank, und daß die Heranzumerierung der Löhne keineswegs gleichbedeutend war mit der Besserung der Lebenshaltung. Noch vor wenigen Wochen predigte man tauben Ohren, wenn man das außerhalb der organisierten Arbeiterkraft öffentlich aussprach. Heute spricht man von Lohnerhöhungen kaum mehr, nur noch von der Anpassung der Löhne an die Geldentwertung. Auch Unternehmer und Bürgerliche müssen zugeben, daß die Preise der Entlohnung der Arbeitskraft weit vorausseilen; sie müssen zugeben, daß es noch lange keine Lohnerhöhung ist, wenn man anstatt 1000 M., für die man sich einmal ein Pfund Butter kaufen konnte, heute 10 000 M. für eine Arbeitsstunde erhält und sich dafür noch nicht ein Fünftel Pfund Butter kaufen kann. Es mag an sich unbedeutend erscheinen, aber doch ist die Tatsache wichtig, daß die Beweisgründe der Arbeiterkraft in ihrem Existenzkampf heute zu Beweisgründen der Allgemeinheit geworden sind, und daß kein Schiedsspruch, kein Unternehmervortritt und kein bürgerlicher Phantast ohne weiteres mehr von Lohn-„erhöhungen“ reden kann. Die Forderung der Arbeiterkraft auf gerechte Entlohnung der Arbeitskraft erhält so ein erhöhtes moralisches Gewicht. Das soll man nicht unterschätzen.

Aber der Kampf um den wertbeständigen Lohn, der sich erst in den Anfangsstadien befindet, wird selbst nach seiner Beendigung erst der Auftakt sein zu dem Kampfe gegen die Wirtschaft des sinnlosen Betruges, der allgemein in der Zeit der Geldentwertung eingerissen ist. Schon wieder zeigt das Barometer auf Sturm. Der Dollar ist an der gestrigen Börse von 218 000 auf 284 000 gestiegen, hat also fast den siebzigttausendfachen Wertvermehrung erklommen. Aber nicht diese Kurssteigerung, wie wir sie in ähnlichem Verhältnis schon oft genug erlebt haben, ist das Symptom, sondern die Umstände sind es, unter denen sie zustande kam. Mit untauglichen Mitteln hat die Reichsbank einen verzweifelten Kampf gegen diese neue Divisenschaufel gekämpft. Untauglich waren die Mittel deshalb, weil eine vollkommene Desorganisation unserer Geldwirtschaft nicht dadurch allein geheilt werden kann, daß man einigen ehrlichen Käufern und einem großen Troß von Spekulanten täglich ein Duzend Millionen Goldmark oder noch mehr an Devisen überläßt, ohne damit die Nachfrage zu befriedigen. So unhaltbar sind die Verhältnisse geworden, daß wir jetzt einen traurigen Zwitter haben aus der Devisenbewirtschaftung, welche die Sozialdemokratie seit langem gefordert hat und einen freien Devisenverkehr, an dem sich trotz aller Formvorschriften die spekulativen Treiberereien austoben. Die Reichsbank hat ärgsten Ausschreitungen dadurch vorzubeugen versucht, daß sie den Banken auferlegte, nur solche Devisenankäufe für ihre Kunden vorzunehmen, deren Gegenwart in Papiermark auch wirklich vorhanden war. Andernfalls drohte sie mit Kreditstoppe. Das ist für das Reichsbankdirektorium, dessen Zurückhaltung gegenüber den Privatinteressenten schon seit Jahren äußerst befremdlich und schärfster Kritik ausgesetzt war, immerhin schon eine Leistung. Aber was nutzt die Forderung der Kreditstoppe, wenn die verfehlte Finanzpolitik des Reiches dem Geldmarkt wöchentlich mehrere Billionen neue Zahlungsmittel zuführt und wenn die Kreditpolitik der Reichsbank gegenüber den Privaten es noch immer möglich macht, an der Entwertung des Geldes ungeheuerlich zu verdienen?

Für eine Bewirtschaftung der Devisen fehlen die zwei unumgänglichen Voraussetzungen, nämlich: daß man auch wirklich alle Erlöse aus der deutschen Wareneinfuhr erfährt, und daß man diesen Erlös in die Hände aller derjenigen bringt, welche sie im Interesse der deutschen Volkswirtschaft zur Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhr verwerten. Zu einer solchen Bewirtschaftung der Devisen hat man sich nicht aufschwingen können. Niemand weiß, auf einen wie hohen Prozentsatz seines Bedarfes er bei der Zuteilung der Devisen rechnen kann. Die Unsicherheit ist allgemein, und sie entsaltet sich in einer wüsten Spekulation am freien Markt, wo jeder zu erraffen sucht, was ihm bei der Zuteilung verweigert wurde.

Es ist deshalb kein Wunder, daß die angebrochte Kreditstoppe nur einen geringen Erfolg zeitigen kann, wenn man es überhaupt als einen „Erfolg“ ansehen darf, daß der Dollar an einem einzigen Tage „nur“ um ein Drittel seines früheren Standes in die Höhe gegangen ist. Aber auch sonst ist der Erfolg sehr fragwürdig, denn auch, wenn die

Kaufaufträge der Deviseninteressenten auf zwei Fünftel des Standes vom Donnerstag zurückgegangen sind, so heißt das immer noch, daß an einem Tage für rund vier Billionen Papiermark Devisen verlangt worden sind, und man kann sich leicht ausrechnen, daß der Ansturm gegen die Mark wieder anschwellen wird, sobald Reich und Reichsbank durch die liebevolle Pflege der Notenpresse die Flut vor der Mark gefördert haben.

Die Latenlosigkeit, mit der man vor der Forderung nach der allgemeinen Einführung der Goldrechnung bei der Steuerzahlung des Besitzes und bei der Kreditgewährung der Reichsbank zurückschreckt, der Verzicht auf einen scharfen Druck gegen die Spekulation durch die Einführung von Goldkonten, das zögernde Vorgehen der Reichsregierung in der Frage der werbeständigen Löhne, wo sie trotz der zum Himmel schreienden Not erst die Forderungen der Arbeiterschaft abwartete, ehe sie überhaupt sich zu den jetzt endlich aufgestellten Richtlinien entschloß — alle diese Zeichen lassen den untrüglichen Schluss zu, daß der neue Wirrwarr am Devisenmarkt und die neue Entwertung der Mark sich in ihrer ganzen Schärfe gegen die Arbeiterschaft wenden wird, wenn diese sich nicht selbst ihrer Haut wehrt und mit besonders zielbewusster Entschlossenheit zu Werke geht. Mehr als je gilt es, die Macht der Organisationen zu stärken, mehr als je, sich nicht von windigen Karolen oder gar wüsten Provokationen beirren zu lassen. Wie war das moralische Gewicht der Arbeiterschaft so stark wie jetzt, wo sie mit dem Kampfe um den ehrlichen Lohn den Kampf gegen die Betrugswirtschaft führt. Schon vor Monaten hat die Sozialdemokratie ihre Forderung zur Währungs- und Wirtschaftspolitik formuliert. Die Richtigkeit ihrer Auffassung ist bestätigt worden durch das Urteil der großen Ausschüsse des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, das seinerzeit die Notwendigkeit der Goldrechnung, Goldkredite und werbeständigen Löhne betont hat. Auch das ist ein Zeichen dafür, daß die Autorität der sozialdemokratischen Forderungen gegenüber der Allgemeinheit, von der noch große Teile in Verkennung ihres wahren Interesses sich vor kurzem gegen die Anregungen der Partei wandten, mit jedem Tage wächst.

Die deutsche Arbeiterschaft ist nicht gewillt, eine Periode der Zeitgeschichte, in der die Sachwertbesitzer riesenhafte Reichtümer aufschichteten, damit zu beenden, daß Deutschland ähnlich wie Oesterreich der Ausbeutung des internationalen Bank- und Industriekapitals preisgegeben wird. Die Blutsauger, die an der Verarmung und Entkräftung des deutschen Volkes verdienen, spüren, daß das Ende der Betrugswirtschaft naht, und wehren sich dagegen mit verzweifelter Erbitterung. Darum gilt jetzt mehr als je die Forderung:

Hinein in die Organisationen!

Es wird weiter gewurfelt.

Die Kreditsperre abgefragt.

Anlässlich der Drohung der Reichsbank, sie werde der Privatwirtschaft die Kredite sperren, wenn die Devisennachfrage nicht eingeschränkt würde, fand gestern eine längere Besprechung zwischen einer Abordnung der Berliner Großbanken, bestehend aus den Bankdirektoren Dr. Mosler (Diskontogesellschaft), Nathan (Dresdner Bank) und Reinhardt (Mitteldeutsche Kreditbank) mit dem Reichsbankpräsidenten Havenstein statt. Wie der „Deutsche Handelsdienst“ erfährt, ist man in Bankkreisen der Meinung, daß die starken Anforderungen von Devisen am Donnerstag tatsächlich zu einem großen Teil hätten unterbleiben können, wenn die Auftraggeber, die zum Teil über ausreichende Rohstoffe usw. verfügen, mehr Rücksicht auf die Gesamtinteressen der Wirtschaft nehmen würden. Von den Großbanken wurde die Erklärung abgegeben, daß man alles aufbieten wolle, um die Devisenpolitik der Reichsbank zu fördern. (Warum haben die Banken nicht früher danach gehandelt? D. Red.) Insbesondere soll künftig das Prinzip der Verbedingung erteilter Devisenaufträge strengstens

durchgeführt werden. Die Reichsbank selber ihrerseits reichlichere Zuteilungen für gewisse lebenswichtige Industrien zu. Gegenüber denjenigen Firmen, die vorzüglich die Devisenpolitik der Reichsbank zu durchkreuzen suchen, sollen scharfe Mittel, insbesondere Ausschließung vom Reichsbankgüterverkehr und Ablehnung der Diskontierung von Wechseln in Anwendung kommen. Man war sich darüber einig, daß gewisse Industriezweige noch auf lange Zeit ausreichend mit Rohstoffen versorgt seien, und daß auch im gegenwärtigen Moment kein Anlaß zu großen Getreidekäufen im Ausland bestehe. Die Befürchtungen, die man an die starken Reaktionen knüpfte, seien deshalb größtenteils übertrieben.

Es wurde zwischen den Großbanken und der Reichsbankleitung eine vollständige Einigung hinsichtlich des weiteren Zusammenarbeitens erzielt.

Daraus geht hervor, daß die allgemeine Kreditsperre zunächst abgefragt ist und daß eine grundlegende Änderung der Kreditpolitik der Reichsbank vorerst nicht zu erwarten steht. Es wird also für jetzt gewurfelt, man verdient nach Herzenslust weiter an der Geldentwertung.

Einen treffenden Kommentar zu der gütlichen Beilegung des Konflikts bringt der von der Reichsbank hochgeschätzte „Total-Anzeiger“ in seiner gestrigen Nacht Ausgabe. In seinen Letztern steht da zu lesen: „Die Neuregelung der Devisenpolitik“ und dicht darunter: „Dollar in New York“.

Herr Havenstein aber hofft auf die Hilfe der Banken bei der Stützung der Mark!

57 1/2 tausendfache Großhandelspreise.

Die auf den Schluss des 17. Juli errechnete Großhandelsindexzahl des Statistischen Reichsamts weist mit 57 478 (1913 = 1) eine Erhöhung um 18 v. H. gegenüber der Vorwoche auf, während gleichzeitig der Dollarkurs in Berlin um 17 v. H. stieg und die Dollarpärität des New Yorker Marktkurses unverändert blieb.

Im einzelnen klingen:

Lebensmittel um 15 v. H. auf 50 017,
Industriestoffe um 23 v. H. auf 71 428,
Inlandswaren um 18 v. H. auf 54 573,
Einfuhrwaren um 18 v. H. auf 72 006.

Die für den 16. Juli noch festzulegende Erhöhung der Eisenpreise hat hierbei keine Berücksichtigung erfahren.

Die Teuerung ist in der 3. Juliwoche wieder um 28,4 Proz. gestiegen.

Teuerungsunruhen in Breslau.

Breslau, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In den Nachmittags- und frühen Abendstunden kam es hier zu schweren Plünderungen der Detailgeschäfte in allen größeren Geschäftsstraßen. Die Plünderungen gingen ziemlich organisiert vor sich, indem Stoßtrupps die Stadt systematisch durchzogen und die einzelnen Geschäfte vollständig demolierten und ausgeraubten. Die Polizei blieb völlig machtlos, zum Teil nicht ohne Schuld ihrer wenig überlegenen Zeitung. Der Polizeipräsident war selber heute gerade auf Urlaub.

Die Stimmung der breiten Massen ist gegenwärtig besonders verzweifelt, da in Breslau Metallarbeiter, Holzarbeiter und Transportarbeiter in großen Streiks stehen, die zum Teil den Charakter von Bergweissungsstreiks angenommen haben, wenn auch die Gewerkschaften in dieser Bewegung die Führung behielten. Einen Anhaltspunkt für die Urheber der Plünderungen gibt die Tatsache, daß die Ausschreitungen zum Teil ausgesprochenen antisemitischen Charakter annahmen, indem die Geschäfte jüdischer Namens-träger vorzugsweise geplündert wurden, während andere teilweise übergangen worden sind. In den Abendstunden ist die Ruhe wieder hergestellt worden, nachdem Hunderte von Geschäften vollständig zerstört worden sind. Ganz scheinen die Plünderungen noch nicht abgeschlossen zu sein. Entlastend auf die Stimmung

würde nur ein Nachgeben der Arbeitgeber in der großen Lohnbewegung Breslaus bringen.

In den frühen Nachstunden brachen die Teuerungsunruhen in mehreren Stadtteilen von neuem aus. Zur Stunde — 10 Uhr abends — wird noch in verschiedenen Straßen von der Polizei gehoffen. Die Erregung in der Stadt ist ungeheuer, der Schaden geht bereits in die Milliarden. Es sind neben großen Geschäften auch kleine Läden, die nicht einmal einen einzigen Angehörigen beschäftigt, geplündert worden. In anderen ist es zu sinnlosen Demolierungen gekommen, ohne daß selbst Nahrungsmittel weggenommen wurden. Es ist nicht mehr zu bezweifeln, daß die Unruhen wohl organisiert waren, auch ist nicht zu leugnen, daß ein Teil der Arbeitlosen und Jugendlichen mitgemacht hat, doch liegt die eigentliche Urheberhaftigkeit offenbar in antisemitisch rechtsradikalen Kreisen.

Nach einer WTB-Meldung hat die Polizei schließlich von der Waffe Gebrauch machen müssen.

Wie es mit der Einsicht der Unternehmer steht, zeigt folgende Meldung:

Metallarbeiterausperrung in Schlesien.

Breslau, 20. Juli. (WTB.) Der „Schlesischen Zeitung“ zufolge beantwortete der Verband der schlesischen Metallindustriellen den Streik der Arbeiterschaft mit der Aussperrung bzw. Entlassung sämtlicher Belegschaften. Nur die begonnenen Arbeiten und gewisse Notstandsarbeiten werden verrichtet. Die Aussperrung erstreckt sich auch auf die Betriebe der Ortsgruppen Breslau und Ratibor, die vollständig ruhen.

Räumung eines Ruhrgebietstreifens.

Elberfeld, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Franzosen haben endlich ihre langgehegte Wut, ihre Truppen mehr in dem Gebiet nördlich der Ruhr zu konzentrieren, durchgeführt und den Südrand des besetzten Gebietes bis zum linken Ruhrufer geräumt. Dadurch sind die Orte, die am linken Ruhrufer liegen, u. a. die Stadt Hattingen, die durch die ganze Besetzungzeit einer der wichtigsten Stützpunkte der Franzosen war, wieder unbezetztes Gebiet geworden. Der Landrat von Hattingen teilt mit, daß Personen- und Lastkraftwagen wieder wie früher ohne französischen Ausweis verkehren können. Die Werke haben ihre Arbeit wieder aufgenommen, u. a. wurde wieder mit der Kohlenlieferung nach den Industriorten im unbesetzten Rheinland begonnen.

Münster, 20. Juli. (WTB.) Der Kommandeur der französischen 38. Infanteriedivision hat angeordnet, daß auf jede Person, die sich auf der Linie zwischen Weßhofen und Volmarstein einen Kilometer südlich der Ruhr in der Nachtzeit zwischen 9 Uhr abends und 4 Uhr morgens zeigt, ohne Auftrag geschossen wird.

Die Verdrängung der nichtrheinischen Beamten.

Paris, 20. Juli. (WTB.) Havas berichtet aus Koblenz, daß die Rheinlandskommission Einspruch erhoben habe gegen die Ernennung eines als Landrat fungierenden deutschen Beamten mit der Begründung, daß die Ernennung nicht ordnungsmäßig und ohne Zustimmung der Kommission erfolgt sei; desgleichen gegen die Einstellung einer Lehrerin und den Amtsantritt eines Bürgermeisters und von vier deutschen Steuerbeamten.

Die Welt weiß längst, daß die Verdrängung der nicht aus dem Rheinland stammenden Beamten den Rheinlandkommissionen vorbehalten ist; aber die Rheinländer selbst wollen ihn an wenigsten.

Paris, 20. Juli. (WTB.) Havas berichtet aus Koblenz, im Anschluß an eine Entscheidung der Rheinlandkommission seien eine Anzahl von deutschen Beamten, die von belgischen Kriegsgerichten verurteilt worden seien, in das Gefängnis von Berviers eingeliefert worden. Der Offizier Rechtsanwalt Dr. Grimm, der übrigens bei keinem der Verurteilten Vertretung gemessen sei, habe um ihre Zurückführung nach einem Gefängnis im besetzten Gebiet nachgesucht. Die Rheinlandkommission habe im Einvernehmen mit General Duguette und dem belgischen General Rucquon beschlossen, auf dieses Ersuchen keine Antwort zu erteilen.

Beim deutschen Kindervater.

Ik. Kopenhagen, Mitte Juli.

In glühender Sommerhitze haben wir die Straße von Berlin nach Kopenhagen zurückgelegt. Die kurze Seefahrt auf der Fährstrecke zwischen Bornholm und Gleser brachte nur eine geringe Abkühlung. Auch die 59 deutschen Kinder, die in einem besonderen Abteil ihrer Ferienheimat entgegenstrebten, feuerten unter der unerträglichen Schwüle. Aber die Freude über erwartete Herrlichkeiten ließ ihnen trotzdem die Fahrt leicht erscheinen. Denn sie sind ja „tote Ferienkinder“, wie es drüben unterm Dannebrog so schön heißt. Sie kommen aus engen Häusern und Küchen, in denen Schmalz das „Heft“ in Händen hat und Frau Sorge lässlicher Gost ist. Und sie fahren einem Lande entgegen, wo wenigstens die Milch noch reichlich fließt, die Freundschaft enge Bande um pflegende Eltern und gepflegte Kinder schlingt, wo die Begriffe sich wandeln und das kindliche Heimweh erst dann zum Ausdruck kommt, wenn die Kinder wieder in die Heimat sollen. Dann packt sie das Weh, das sie rückwärts in die dänische Fremde ziehen möchte, wo ihnen an Güte und Menschenliebe so Vieles und Unerfährliches geboten wurde und an körperstärkenden Nahrungsmitteln nicht minder.

Abends am Hauptbahnhof in Kopenhagen. Der Strom der Fremden entsteigt dem Zug und eilt die Treppen hinauf, die zur Sperre führen. Aber auf dem Bahnsteig schon und wieder dort oben, wo ganz wie in Deutschland der Bahnsteigwächter die Fahrtorten abnimmt, spielen sich Szenen ab, die unvorstellbar bleiben. Die Pflegerinnen sind erschienen, um ihre kleinen Gäste abzuholen. Nur zum Teil waren es diesmal Keullinge. Die Mehrzahl aus diesem Transport ging schon zum zweiten oder dritten Male nach Dänemark. Sie waren wieder eingeladen oder wieder gefordert, weil die dänischen Eltern an ihren deutschen kleinen Gästen Gefallen gefunden hatten und gerade diese selbst aus neue in pflegerische Sorge nehmen wollten. Und die Kleinen — von sechs bis sechzehn — sind gern gekommen: Aus Königshütte in Oberschlesien, aus dem Erzgebirge, aus Hamburg, aus Barmen, aus Berlin nicht zu vergessen. Jedes trägt um den Hals eine Erkennungsmarke mit zwei Aufschriften: die eigene heimatische Adresse und die der dänischen Pflegerin. Für den Fall, daß sich irgendein Zweifel ergeben sollte. Aber wir sehen keinen solchen Zweifel. Wohl aber fanden wir eine überströmende Freude am Ausgang. Die dänischen Mütter packten ihre Gäste und drückten sie teilweise mit einem Ungestüm an die Brust, daß selbst einem im Logestampfe hartgefolgten Sündenbock ums Herz werden sollte. Und die Kleinen Gäste schmeigten sich mit einer Inbrunst an ihre alten Freunde, als ob sie auch noch noch so langer Fahrt sich doch ganz wichtig und heimisch fänden. ...

„Kindervater“ Nielsen hatte einige Vertreter der Presse eingeladen, einen solchen Transport nach Dänemark zu begleiten und im Anschluß daran sich selbst von dem Ergehen der deutschen Kinder zu überzeugen, denen er seit Jahren in rührend aufopfernder Weise

Auffrischung an Körper und Geist zu schaffen sucht. Es war uns ein Erlebnis tiefster Art, die Fürsorge und die Freude über sie gleichzeitig zu sehen. Zwar nur einen Ausschnitt aus dem großen Hilfsdienst konnten wir persönlich zu Gesicht bekommen, denn die deutschen Kinder — gegenwärtig 4200! — sind über ganz Dänemark verteilt, und wir sahen nur Kopenhagen und seine nähere Umgebung. Aber schon dort wird unglaublich Vieles geleistet an persönlichen Opfern, an Mühe, an Zeit und Geld, um den Kindern und damit der Menschheit ein Gutes zu tun. Nicht jedem und nicht zur Genüge ist bekannt, daß durch Vermittlung der „Deutschen Kinderhilfe in Dänemark“ schon vor Beginn dieser Ferien nicht weniger als 42100 deutsche Kinder auf Wochen oder Monate hier verpflegt wurden, daß Millionen dänischer Kronen von den Mitgliedern der Gewerkschaften, von Sozialdemokraten ausgebracht werden, um die Kosten der Reise und der Unterbringung zu bestreiten. Ebenso wenig ist bekannt, daß diese Kinderhilfe, deren Leiter unser Genosse J. P. Rielsen und deren Hauptstifter Genosse Svendsen ist, auch in Deutschland selbst eine große Zahl deutscher Kinder untergebracht hat und auf ihre Kosten verpflegt. Der dänische Staat hat einen Bruchteil der von den Arbeitern in gesonderten Beiträgen ausgebrachten Summen als Zuschuß bewilligt. Er stellt außerdem Heime und Anstalten dankenswerterweise zur Verfügung, um das Werk der freiwilligen Liebestätigkeit zu unterstützen.

Die Ermordung Franz Ferdinands.

Der serbische Professor und Politiker Stanoje Stanojevic behandelt das Ereignis des Peter- und Paul-Tags 1914 in einer vom Genossen Hermann Wendel übersehten Schrift, die soeben in der Frankfurter Sozialistendruckerei erschienen ist. Die interessante Schrift ist weit mehr, als ihr Name verspricht. Sie stellt in objektiver Weise die Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Machthabern Oesterreich-Ungarns und Serbiens dar und zeigt, wie der Gegensatz zwischen dem aufstrebenden und sich nach nationaler Einheit und Freiheit sehenden Serbenvolk und dem Habsburgerstaat, dessen Glieder auseinanderstrebten, schließlich zum Zusammenstoß führen mußte. Dies um so mehr, als die Regierenden in Wien und Budapest, einschließlich der Heeresleitung, im Bewußtsein der serbischen Gefahr und in dem Angestrichel der eigenen Unsicherheit nicht nur den Druck auf die österreichisch-ungarischen Südslawen immer mehr steigerten, sondern auch wiederholt zur Vernichtung des Serbenstaates schreiten wollten: so nach jener abenteuerlichen Annexion Bosnien-Herzegowinas 1908, die in Serbien ungeheure Erregung hervorrief, so auch nach dem zweiten Balkankrieg, als Serbien seinen Bundesgenossen nach gestern den Habsburg nun gegen Serbien hegte, Bulgarien, niedergeworfen hatte. Damals kündigte Wien in Rom sogar seine Absicht an, freilich nur, um sich eine Ablehnung zu holen. Diese schwarzegebete Politik, die außerdem durch Verbot der serbischen Vieheinfuhr den eigenen Agrariern zu Gefallen, ihrem Volk das Vieh enorm verteuerte, nur um Serbien gefügig, nein trauflos zu machen, hatte freilich nur den ersten Erfolg, daß der serbische Konflikt sich von der österreichischen Industrie ab- und der reichsdeutschen zuwandte. Nach bis

kurz vor dem Weltkrieg dachte in Serbien wie in Deutschland kein Mensch an einen Krieg zwischen beiden, und wir in Deutschland wissen ja selbst, wie selbstmörderisch die Berliner Hundstagspolitik von 1914 gewesen ist, die das Schicksal des Reiches an jenen lebenden Leichnam Oesterreich-Ungarns schmiedete. Die Ermordung Franz Ferdinands, die schließlich den lauernden Weltkrieg entzündete, bleibt darum ein furchtbar tragisches Ereignis — denn weggeräumt wurde da von Serben gerade der Habsburger, der ein Erzfeind der maojarischen Herrschaft war, unter deren Druck Millionen Südslawen feuerten und dessen Plan ja die Erhebung des österreichisch-ungarischen Dualismus durch den österreichisch-maojarisch-südslawischen Dualismus gewesen ist. Freilich hätte auch dieses System die unausgesprochene, aber unzweifelhafte Staatsidee der Tschechen nicht beirriten können, wie denn die einzige Möglichkeit der Erhaltung des Kaiserstaats um die Donau, wenn überhaupt, so nur als Bund freier Völker möglich gewesen wäre, wie ihn die Sozialdemokratie vor ihrem nationalen Zerfall, in ihrem Brünner Programm gefordert hat — in Fortspinnung der besten Idee des Jahres 1848. Vorbei!

Zu der Mordtat von Sarajevo selbst erzählt man, daß sie keineswegs von der ganz öffentlichen nationalen Wiederaufbauorganisation der „Narodna Obrana“ veranlaßt war, sondern daß allenfalls der Beheimbund aus der Zeit der Ermordung König Alexanders und seiner Frau, die „Ljudinjice ili smrt“ (Einigung oder Tod) ihre Hand im Spiele hatte, besonders ihr aktiver Leiter, der Oberst Dimitrijevic. Er selbst jedoch, der rastlose Verächter, wurde 1917 wegen Verdachts der Verbindung mit dem Feind und Vorbereitung eines Attentats auf den damaligen serbischen Thronfolger, jetzigen König Alexander, an der Salonikifront erschossen.

Wir aber wollen dem serbischen Volk, dem wir zur endlich erlangenen Einheit und Freiheit dauernden Frieden und den Segen ruhiger Entwicklung wünschen, seinen Leiden unter Fremdherrschaft, türkischer wie österreichisch-ungarischer, nicht zu verzeihen, auch jetzt nicht, wo das Serbenvolk selbst über andersnationale Kinderheiten, vor allem über Deutsche, herrscht!

Staatliche Einführung des Schulfilms in Frankreich. Der französische Unterrichtsminister hat einen Aufruf an die Deffektivität erteilt und die Freigebigkeit des Mäzenatentums angerufen, um den Ankauf von Schulfilmen für den Unterricht zu ermöglichen. Für die Schulfilmfabrikation ist eine erhebliche Steuerermäßigung vorgesehen, wenn es sich um wirklich pädagogische Filme handelt. Diese pädagogischen Filme, die in erster Linie und bezeichnenderweise in drei Sprachen, in französischer, deutscher und englischer Sprache, sollen in dreifacher Zusammenarbeit der Lehrer, der Filmfachleute und der Operateure hergestellt werden, wobei die einzelnen Gruppen die Elemente des Films, die Anordnung des Stoffes und die präzise Technik zu bestimmen haben. Die Schulfilme sollen im Prinzip die Ergänzung der Lehrbücher bilden und den Schülern das Material in anschaulicher, leichtverständlicher Weise erläutern. Um die notwendigen Projektionsapparate anzuschaffen, hat das Kultusministerium den Finanzminister verständigt, daß in Frankreich zukünftig der Schulfilm als ein wichtiger Faktor in der Erneuerung des kulturellen und nationalen Lebens zu betrachten ist.

Es ist dies der erste Fall, daß ein Staat offiziell für die Einführung des pädagogischen Films eintritt.

Wilhelms Landesverrat.

Der Prinz von Preußen verrät seinen Vater beim Zaren.

In einem Wiener Blatt werden neue Briefe Wilhelms II. veröffentlicht, die er als Prinz an den russischen Zaren geschrieben hat. Die geschwätzte Art dieses Gottesgnadenmannes hat Deutschland glücklich in Grund und Boden regiert und uns den herrlichen Zeiten entgegengeführt, die wir jetzt durchleben müssen. Einer dieser Briefe — er ist datiert vom 19. Juni 1884 — enthält so unerschütterliche Wiedergabe von politischen Geheimnissen, daß Wilhelm von einem bayerischen Volksgericht sicher zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden wäre, wenn es solche Gerichte damals schon gegeben und der preussische Prinz ihnen unterstanden hätte.

Der Prinz Wilhelm, damals 25 Jahre alt, war als Vertreter des deutschen Kaiserhofes zu einer Hochzeit nach Petersburg kommandiert worden. Als er zurückgekehrt war, hatte er eine Unterredung mit seinem Vater, dem Kronprinzen und späteren Kaiser Friedrich III. Ueber diese Unterhaltung berichtet er prompt brieflich dem Zaren:

Was ich im Nachstehenden schreiben, ist nur für Sie allein bestimmt, denn ich erachte es als meine Pflicht, Ihnen gegenüber vor allem mit jener Freimütigkeit zu handeln, die zwischen Freunden bestehen muß. Meine Eltern empfangen mich sehr kühl, vor allem meine Mutter, die alles, was in ihrer Macht stand, getan hatte, um meine Reise zu verhindern. Aber noch mehr als das. Ich hörte heute sehr beunruhigende Dinge von meinem Vater. Wir sprachen über die Garnison von Petersburg, über militärische Angelegenheiten usw., ferner über verschiedene politische Persönlichkeiten und auch über den Fürsten von Bulgarien, über den ich die Bemerkung machte, daß er gegenwärtig in Rußland ziemlich unbeliebt sei. Da brach mein Vater plötzlich in einen Wutanfall aus, schimpfte in geradezu ungläublicher Weise über die russische Regierung und die infame Art, in der sie diesen ausgezeichneten Fürsten behandelte. Mein Vater überschüttete dann die Regierung mit der Beschuldigung der Missetat, des Hochverrats, kurz, ich suche vergeblich nach Worten, den Haß auszudrücken, mit dem er sie so schwarz als möglich zu malen suchte. Ich bemühte mich vergeblich, alle diese Angriffe abzuwehren und zu beweisen, daß das Urteil, das ich mir über die Sache gebildet habe, ein ganz anderes sei, und daß ich es nicht zulassen könnte, daß er Sie und Ihre Regierung als Lügner hinstelle. Als Antwort schimpfte er mich selbst einen Russophilen und behauptete, daß man mir dort den Kopf verdreht habe, und weiß Gott was noch. . . . Alles zusammengenommen, mein teurer Vater, hat der Fürst von Bulgarien mit ehrlichen und unehrlichen Mitteln meine Mutter, selbstverständlich auch meinen Vater in die Tasche gesteckt. Die Sendung des Prinzen von Wales war erfolgreich und führte weiter zu außerordentlichen Erfolgen, durch die sich die Verbindung meiner Mutter und der Königin von England noch enger knüpfen wird. Aber diese Engländer haben zufälligerweise mich vergessen, und ich schreibe Ihnen, mein teurer Vater, daß ich alles, was ich nur vermag, für Sie tun will, und daß ich alle meine Gefühle halten werde. Aber es wird viel Zeit kosten und will langsam vollendet werden. Ich bitte Sie, keinem Menschen gegenüber dieser Nachrichten Erwähnung zu tun. Sie sind ausschließlich für Sie bestimmt, für Ihre Danachachtung, denn es ist unmöglich, im Augenblick etwas zu tun. Er ist zu böseförmig. . . .

Das schreibt, wie gesagt, ein Prinz, der zur Thronfolge berufen war, an einen fremden Souverän! Wenn ein gewöhnlicher Staatsbürger im monarchistischen Staate derart intime Dinge einer fremden Macht mitteilt, würde er wegen Landesverrats vor Gericht gezogen sein und diverse Jahre Zuchthaus auf sein Strafkonto buchen müssen. Wilhelm aber, den sein Vater als unreif bezeichnete, wurde von Gottes Gnaden Monarch, Deutscher Kaiser und König von Preußen. Als solcher hirt er schlummernde Reden von dem geschicktesten Säbel, vom irdenen Pulver, von Deutschen, die den Staub von ihren Pantoffeln schütteln sollten, und ähnlichen schönen Dingen. Das Deutsche Bürgertum troch vor dieser herrlichen Schöpfung auf dem Bauche. Und Wilhelm torpedierte als Kaiser in der gleich nois-verbrecherischen Art weiter mit seinem Vater den Zaren, bis der seine Kofaken nach Ostpreußen schickte. Und es gibt heute noch brave Deutsche, die ein System wieder herbeiführen, in dem so hochbegnadete Geistes, wie der letzte Wilhelm durch Erstgeburtrecht die Führung des Staates ausüben dürfen, ganz gleich, ob ihm der Wahr-

Goga vor der Inquisition. Aus dem Nachlaß des großen spanischen Malers und Radierers Goga sind kürzlich einige unbekanntes Schriftstücke ans Licht gekommen, die den Künstler in einem Konflikt mit der gefürchteten spanischen Inquisition zeigen. Aus den Papieren geht hervor, daß am 5. November 1814 auf Grund einer geheimen Untersuchung durch das heilige Tribunal die Strafverfolgung Gogas beantragt wurde, und zwar boten den Anlaß zwei der berühmtesten Bilder des Meisters, die betitelte und die unbetitelte Raja, Porträts einer schönen Spanierin, die man unter den höchsten Damen des Madrider Hofes suchte. Diese Bilder werden als „unmoralische und verabscheuungswürdige Werke“ bezeichnet. Tatsächlich aber scheint die Inquisition weniger diese beiden Gemälde im Auge gehabt zu haben, vielmehr wollte man den Satiriker und Revolutionär Goga treffen, dessen große Radierungen eine flammeartige Anklage gegen die kirchlichen, politischen und sozialen Verhältnisse seiner Epoche bildeten.

Am 16. März 1815 erhielt Goga die Vorladung des Inquisitionsgerichtes, persönlich vor dem Tribunal zu erscheinen und zu erklären, ob die Bilder wirklich von ihm stammten, aus welchen Gründen und auf wessen Rechnung er sie angefertigt habe. Der Kaiser wußte ganz genau, was diese Vorladung bedeutete, nämlich Verhaftung, jahrelange Einsperrung und vielleicht sogar den Tod. Er zog es daher vor, die Flucht zu ergreifen und wandte sich nach Bordeaux, wo er die letzten 13 Jahre seines Lebens verbrachte. Die beiden Bilder, deren Beschlagnahme drohte, waren glücklicherweise vorher in Sicherheit gebracht worden, so daß sie heute im Madrider Prado-Museum bewundert werden können.

Der „Krater Mussolini“. In der letzten Sitzung der Akademie Gioenia zu Catania wurde nach den wissenschaftlichen Vorträgen des Abends, deren Thema dem jüngsten Ausbruch des Aetna gewidmet war, aus der Versammlung der Antrag gestellt, einen der bei der letzten Eruption entstandenen neuen Krater nach dem König, einen anderen nach dem Ministerpräsidenten zu benennen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen, und so gibt es nunmehr auf dem Aetna einen „Krater Viktorio Emanuele“ und „Krater Mussolini“.

Der Brauch, die Folgen vorheriger Naturereignisse mit den Namen nationaler Politiker zu kennzeichnen, verdient Beachtung. Besonders die Geographie Deutschlands könnte dadurch manche stimmungsvolle Note bekommen und zugleich der politischen Klärung dienlich gemacht werden.

Emanuel Gegenbarth, der Dresdener Tiermaler, ist im Alter von 85 Jahren gestorben. Er war ein Schüler Heinrich Jagels und seit 20 Jahren Professor an der Dresdener Akademie. Mehrere staatliche Galerien (München, Dresden, Prag) besitzen Werke von ihm.

Ein russisches Vesebuch für Revolutionäre. In Moskau erschien der erste Teil eines revolutionären Vesebuchs, welches als Leitfaden für Revolutionäre zum Gebrauch bestimmt ist. Dieser erste Band umfaßt die Zeit von 1848 bis 1870 sowie 1880 bis 1900. Er enthält zusammenfassende Darstellungen, Biographien, revolutionäre Organisationen und hängende dokumentarische Material aus der Revolutionsgeschichte Rußlands.

Ann schon in der Wiege lag oder erst später kam. **Ständeherrschaft** sind aber die Zeiten vorüber. Es hat niemand anders dem monarchischen System den Todesstoß veretzt, als Wilhelm, der letzte der deutschen Kaiser.

Die bayerische Verfassungsreform.

Zweidrittelmehrheit stark zweifelhaft.

München, 20. Juli. (Eig. Drahtb.) Am Landtagsauschuss begann heute die Beratung über den Gesetzentwurf der Regierung betr. Volksbegehren und Volksentscheid. Da dieser Entwurf eine Verfassungsänderung darstellt, muß er eine Zweidrittelmehrheit erhalten. Das dürfte aber nach dem heutigen Zustande kaum der Fall sein. Demokraten und Bauernbund, die sich früher an den Gesetzentwurf gebunden hatten, haben sich inzwischen aus innenpolitischen und außenpolitischen Gründen die Sache anders überlegt und verlangen, daß die Beratung bis zum Herbst zurückgestellt wird. Der Führer der Demokraten wußte außerdem mitzuteilen, daß gewisse vaterländische Verbände ultimativ von der Regierung verlangt hätten, daß die Frage jetzt sofort erledigt werden müsse. Zu diesen Verbänden zählt auch der Bund „Bayern und Reich“, dessen Vorsitzender Rahr bekanntlich der Hauptanwärter auf den Staatspräsidenten ist. Auf diese demokratische Entschlossenheit wußte Minister Schweyer lebhaft zu erwidern, daß ihm von einem solchen Ultimatum nichts bekannt sei. Der Antrag auf Zurückstellung des Gesetzentwurfes wurde zwar abgelehnt, so daß am Sonnabend die Beratung beginnt. Das wird aber vergebliche Arbeit sein, denn die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit wird die Vorlage nicht erreichen.

Der Rechtsblock gegen Schweyer.

München, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die vereinigten vaterländischen Verbände haben beim Ministerpräsidenten wider das Vorgehen der Polizei gegen die Holentzweiler am letzten Sonnabend protestiert. Dabei lesen sie auch Sturm gegen den Reformminister Dr. Schweyer, der für sie in diesem gegen links zu nachsichtig und gegen rechts zu scharf vorgeht. Ueber diesen Empfang bei Knilling haben die Verbände eine vollkommen tendenziöse Mitteilung ausgeteilt, wonach der Ministerpräsident sozusagen vor der Abordnung kapituliert hätte. In Wirklichkeit hat er aber seinen Reformminister in jeder Weise gedeckt und lediglich eine Unterjochung der ganzen Angelegenheit zugeföhrt. Darauf zog die Abordnung wieder ab. Nachdem nun aber Schweyer in der Donnerstagssitzung des Landtages noch einmal seine blaue Polizei vollständig in Schutz genommen und alle Schuld an dem Zusammenstoß auf Hitler gewälzt hat, sind die vaterländischen Verbände in neue Wut veretzt und wollen erneut beim Ministerpräsidenten vorstellig werden. In Regierungskreisen ist man über dieses Auftreten der unter Rahr stehenden Verbände wenig erbaut, und es ist noch nicht beschlossene Sache, ob ein Empfang überhaupt stattfindet. Es ist allerdings schwer zu glauben, daß es zu irgendeiner Kraftprobe zwischen der legalen Regierung und der „vaterländischen“ Nebenregierung kommt; vielmehr ist anzunehmen, daß nach kurzem Gepänkel Knilling wieder vollständig unter die Fittiche derer, die ihn eigentlich zum Ministerpräsidenten gemacht haben, zurückflüchtet. Ob Schweyer dabei schließlich über Bord muß, ist eine andere Frage.

Der Stahlhelmrummel.

München, 20. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In einer östlichen Versammlung beglückwünschte der Oberst a. D. v. Inländer Ehrhardt zu seiner Flucht und sagte: „Wir freuen uns, daß diese Befreiung gelungen ist. Wir danken denen, die dazu geholfen haben und wir hoffen, daß dieses Beispiel Wiederholung findet.“ Aus dem lärmenden Beifall stiegen die Rufe: „Rohrbach, Greg Arco.“ Den Staatsgerichtshof nannte er die Vereinigung von Ehren eines Staatswesens, das Ehrhardt selbst mitgerichtet habe. Dann verlangte Inländer, die deutsche Regierung solle es endlich billigen, daß man jeden Franzosen und Belgier, den man in Deutschland erwische, tötschlägt. Und weil er schon am Todschlag war, sprach er auch gleich von der inneren Reinigung, die vollzogen werden müsse an der Sozialdemokratie; es handle sich dabei ja nur um ein paar Führer, vortan Severing, dann würden die Millionen verführter Arbeiter ganz von selbst välschig werden.

Für all das wurde Inländer von einer Truppe militärisch uniformierter Stahlhelme durch den Saal getragen. Die Truppe in der Inländer-Versammlung führte sich außerordentlich rüpelhaft auf. Ihre unauffälligen Zwischenrufe bewiesen eine selbst bei Hitler selten fanatische Art und Weise.

Das Ziel und die Mittel.

Ueber die künftige Gewerkschaftspolitik der Kommunisten teilt die Zentrale der K.P.D. in dem Rundschreiben Nr. 19 vom 12. Juni 1923 den Bezirksleitungen und Gewerkschaftsfunktionären u. a. folgendes mit:

Unser Verhältnis zur Opposition.

In diesem Kampf um die Umstellung der Gewerkschaften zu Organisationen des Klassenkampfes ist es nicht gleichgültig, wie die große Masse der deutschen Arbeiter, die parcelllos ist, sich zu uns verhält. Von allen Fraktionen muß versucht werden, mit ihnen in ein engeres Verhältnis zu kommen. Zu den Sitzungen unserer Fraktionen sollen und müssen auch solche Kollegen hinzugezogen werden, die zwar nicht in unserer Partei organisiert sind, aber zur reformistischen Gewerkschaftspolitik in Opposition stehen, um mit ihnen gemeinsam alle einschlagenden Schritte und Maßnahmen zu beraten. Voraussetzung ist jedoch, daß sich unsere Fraktionen selbst klar sind über die vorzuliegenden nächsten Schritte, die auf Grund der Verhältnisse in den einzelnen Orten und Industrien verschieden sein werden.

Es handelt sich also einfach darum, die politische Indifferenten und die sogenannten oppositionellen Elemente vor den Parteiwagen der Kommunisten zu spannen. Den Wagen dirigiert Mostau. Die Masse der Unzufriedenen — und wer wollte wohl zufrieden sein! — soll als Zugvieh benutzt werden. Als Zugvieh und, wie jetzt bei den Wahlen zum Verbandstag der Metallarbeiter, als Stimmvieh. Von einer grundsätzlichen Politik kann man ja dabei absehen. Die kann „auf Grund der Verhältnisse“ in den einzelnen Orten und Industrien verschieden sein“, wie es in dem Rundschreiben heißt.

Bei den Eisenbahnen geht man Hand in Hand mit zweifelhaften Organisationsleuten und selbst mit Unorganisierten. In Rheinland und Westfalen verdrängt man sich mit Unionisten und Syndikalisten. Bei den Wahlen zum Verbandstag der Berliner Metallarbeiter verbündet man sich mit der Lebens-Gruppe. Alle Mittel und jede Gesellschaft sind den Kommunisten recht, vorausgesetzt sie können helfen, mit einer solchen Politik des Kuhhandels und der Rohkäufung die Arbeiter untereinander zu spalten und über die zur Ohnmacht verurteilten Arbeiter zu herrschen. Für eine solche Politik kann der ehrliche Arbeiter nur Verachtung haben.

Jaurès Ueberreste ins Pantheon? Die Liga für Menschenrechte hat an den Ministerpräsidenten Poincaré eine Resolution gerichtet, in der die Ueberführung der sterblichen Ueberreste von Jaurès ins Pantheon gefordert wird.

In Sofia hat am Mittwoch der Prozeß gegen die Mitglieder des Kabinetts Stamboliski usw. begonnen. Im ganzen sind 600 Personen angeklagt.

Die britischen Dokumente.

London, 20. Juli. (Ga.) Bei den Beratungen der englischen Minister über die verschiedenen Noten an die Alliierten und an Deutschland handelt es sich um vier Dokumente:

1. ein Antwortprojekt an Deutschland, in dem die prinzipielle Bereitwilligkeit erklärt wird, die deutsche Zahlungsfähigkeit durch Sachverständige prüfen zu lassen, in dem weiter die Einstellung des passiven Widerstandes verlangt wird, und das schließlich das deutsche Angebot produktiver Garantien, die noch näher festzusetzen sind, annimmt;

2. ein Begleitbrief an Frankreich und Belgien, in dem angefragt wird, ob nach dem Anhören des deutschen passiven Widerstandes die Befreiung des Ruhrgebietes „unmöglich“ gemacht werden würde, und in dem gleichzeitig der Wunsch ausgesprochen wird, die gemeinsame Front der Alliierten wiederherzustellen und der schließlich Frankreich, Italien und Belgien die Annulierung ihrer Schulden gegenüber England unter gewissen Bedingungen anbietet;

3. ein Brief an die Vereinigten Staaten, in dem es als außerordentlich wünschenswert bezeichnet wird, wenn Amerika sich unter den augenblicklichen Verhältnissen den Alliierten anschließt;

4. ein erklärendes Memorandum, das den Alliierten Vorschlägen als Aid memoire dienen soll.

In den französischen Londoner Kreisen wird behauptet, daß die Bemühungen Deutschlands, als Gegenleistung für die Einstellung des passiven Widerstandes die Räumung des Ruhrgebietes zu erlangen, von der englischen Regierung abgewiesen worden seien.

Eine ähnliche Inhaltsangabe der englischen Dokumente wird von dem Londoner Berichtskorrespondenten „Temps“ gemeldet.

Offenbar mit Bezug auf die Pressemeldungen, deren Niederschlag das oben erwähnte Telegramm bildet, verbreitet das offiziöse Reutersche Bureau nachstehende Mitteilung:

London, 20. Juli. (W.B.) Reuters erfährt von zuständiger Seite, daß die meisten Meldungen, die wieder über die britischen Vorschläge veröffentlicht worden sind, reine Mutmaßungen darstellen. Zum Beispiel ist keine Rede von Vorschlägen bezüglich der Annulierung der Schuld an Großbritannien. Die Frage der inkonvertierten Schulden ist keine Angelegenheit, die in einer Antwort an Deutschland zu behandeln wäre. Sie ist ein Gegenstand für eine Konferenz, und im gegenwärtigen Augenblick werden Bemühungen ins Werk gesetzt, um festzustellen, wie eine Konferenz zustande gebracht werden kann.

Damit wird den Franzosen die Wut etwas höher gehängt: die englische Regierung läßt durchblicken, daß sie über die Schuldentilgung eventuell mit sich reden ließe, aber erst wenn die von ihr erstrebte Konferenz zustande kommt.

London, 20. Juli. (E.P.) „Daily Mail“ teilt mit, daß die englische Regierung für die Beantwortung ihrer Note keine Frist setzen, aber auf einer möglichst baldigen Beantwortung bestehen werde, um dem englischen Parlament vor seiner Vertagung Anfang August noch Gelegenheit zur Debatte über den Antwortentwurf zu geben. — „Daily Express“ teilt mit, daß der deutsche Vorschlag Dr. Schamer am Donnerstag im Foreign Office das Memorandum über die deutschen Garantien und Pfänder überreicht habe, dessen Ausarbeitung vom „Daily Telegraph“ angekündigt worden sei. — Die Lloyd-George-Liberalen werden am nächsten die Besprechung des Budgets des Außenministers am Donnerstag im Unterhaus eine Debatte über die Reparations- und Ruhrfrage zu eröffnen versuchen.

London, 20. Juli. (W.B.) Das Reutersche Bureau erfährt aus autoritativen Kreisen, daß es nicht zutrifft, daß irgendwelche neuen Vorschläge von deutscher Seite gemacht worden sind. Als der deutsche Vorschlag Lord Curzon vor einigen Tagen besuchte, wurde lediglich die allgemeine Lage erörtert. (Was nun folgt, scheint nicht Reuters, sondern W.B. zu schreiben. Red.) Deutschlands Stellung, wie sie in der letzten Note dargelegt wurde, bleibt unverändert, bis eine Antwort eintrifft. Es ist bekannt, daß Deutschland durchaus bereit ist, zu verhandeln; es kann aber den passiven Widerstand nicht aufgeben ohne Garantie, daß Frankreich sich zurückziehen wird und bevor es weiß, zu welchem Zeitpunkt dies der Fall sein wird.

Ein Eisenbahnattentäter verhaftet.

Frankfurt a. M., 20. Juli. („Frankf. Zig.“) Die Landauer Polizei verhaftete laut „Landauer Anzeiger“ am Sonnabend einen angeblichen Studenten namens Bill Mayer am Sonnabend einen (Hals) wegen eines Fahrdiebstahls. Der Verhaftete legte ein Geständnis ab, daß er verschiedene Eisenbahnattentate, so auf der Strecke Würth-Bodgrün ausgeführt habe und zwar allein und aus eigenem Antrieb. Woher er die Sprengstoffe hatte, will er nicht sagen. Das Blatt bemerkt dazu, daß Mayer ein bereits vorbestrafter und von verschiedenen Polizeibehörden wegen Diebstahls geführter Mensch sei. Ob seine Selbstbezüglichungen richtig sind, muß erst noch nachgeprüft werden. Vorerst ist er der französischen Gendarmerie übergeben worden. (?) Die Landauer Polizei untersteht nicht Severing, sondern — Schweyer.

Spreyer, 20. Juli. (W.B.) Die Franzosen verhafteten den Oberregierungsrat Stähler, der nach der Ausweisung des Regierungspräsidenten und verschiedener Regierungsdirektoren das Regierungspräsidium führte. Es verlautet, daß die Verhaftung mit der Abhebung der Forderung in Verbindung steht, daß die französischen Bahnschutzpatrouillen von deutschen Gendarmen und Polizeibeamten begleitet werden sollen.

Das Hausarbeiterlohngesetz.

Am 1. Juli ist das Heimarbeiterlohngesetz in Kraft getreten. Das Gesetz stellt eine wesentliche Verbesserung des Hausarbeitersgesetzes von 1911 dar. Die schon 1911 eingeführten Fachauschüsse erhalten das Recht der Lohnfestsetzung, der sogenannten Entgeltregelung. Sie treten somit bei Arbeitsstreitigkeiten der Heimarbeiter an die Stelle der Schlichtungsausschüsse. Das Entgeltregelungsverfahren darf nur eingeleitet werden, wenn die gezahlten Entgelte offenbar unzulänglich und eine Verständigung zur Herbeiführung zulänglicher Entgelte nicht erzielt werden konnte. Nach Einleitung des Verfahrens soll aber in erster Linie die freie tarifliche Besinnbarung gefördert werden. Eine Lohnfestsetzung durch den Fachauschuss soll nur dann eintreten, wenn alle anderen Mittel zur Besserung der Zustände versagen. Der Aufgabekreis der Fachauschüsse wird dadurch erweitert, daß sie außer den allein arbeitenden Personen auch die ihnen wirtschaftlich sehr nahe stehenden Hausgewerbetreibenden und Zwischenmeister erfassen. Weiter ist die Möglichkeit zentraler Lohnfestsetzung durch einen vorübergehend zu bildenden Gesamtfachauschuss ins Auge gefaßt, um Abwanderungen einer Hausindustrie, für die Löhne festgesetzt werden sollen, in ein Konkurrenzgebiet mit niedrigeren oder unregelmäßigen Löhnen zu verhindern. Diese Bestimmung ist als notwendiger Schutz für die Heimarbeiter ganz besonders zu begrüßen.

Metallarbeiter! Geht zur Urwahl! Wählt Liste A

Gewerkschaftsbewegung

Politik der Ohnmacht.

Ein warnendes Beispiel für deutsche Arbeiter.

„Erweiterung der Kampffront“ und „Einheitsfront“ sind die beliebtesten Parolen unserer Kommunisten. Wenn man sie hört, sind alle Gewerkschaftsführer „Verräter“, weil sie nicht jede Woche mindestens einen Generalstreik ausrufen und weil sie, wenn in einem Berufe gestreikt wird, diesen Streik nicht „weitertreiben“. Wie es nun mit dieser Weiterleitung des Kampfes und mit der Einheitsfront der Kommunisten bestellt ist, wollen wir einmal an einem Beispiel aufzeigen.

Bekanntlich waren die französischen Gewerkschaften vor dem Kriege der Tummelplatz syndikalistischer Experimente und damit numerisch wie auch wirtschaftlich sehr schwach. Bei Ausbruch des Krieges zählten sie noch nicht 400 000 Mitglieder. Während des Krieges erfolgte eine Umstellung. Dadurch und durch die große Unzufriedenheit, die die Kriegseiden unter den Massen auslösten, nahmen die Gewerkschaften nach dem Kriege in Frankreich einen großen Aufschwung. Im ersten Vierteljahr 1920 zählten sie etwa 2 Millionen Mitglieder. Gleichzeitig aber hatten sich die von Moskau inspirierten und subventionierten Fellenbauer vermehrt und es war ihnen gelungen, eine der größten Gewerkschaften, den Eisenbahner-Verband, unter ihre Herrschaft zu bringen. Sie wollten denn auch gleich zeigen, daß ihre Kampfpolitik eine ganz andere, natürlich radikalere als die der Reformisten ist. Aus einem geringfügigen Grunde, der Maßregelung eines Gewerkschaftsfunktionärs, entwickelte sich zunächst ein lokaler Eisenbahnerstreik, den die kommunistische Gewerkschaftsleitung benutzte, um den Kampf „weiterzutreiben“. Sie proklamierte den Generalstreik der Eisenbahner.

Teils aus falsch verstandener Solidarität, teils infolge der noch herumspulenden syndikalistischen Tradition ließ sich die Leitung des französischen Gewerkschaftsbundes dazu herbei, den allgemeinen Generalstreik zu proklamieren. Die unausbleibliche Folge war, daß die Niederlage der Eisenbahner zur Niederlage der gesamten Gewerkschaften wurde. Die Mitglieder verließen fluchtartig die Organisationen und die Regierung löste den Gewerkschaftsbund auf. Es trat eine Periode wirtschaftlicher und politischer Reaktion ein, die noch heute nicht überwunden ist.

Wer aber glaubt, daß die französischen Kommunisten sich verpflichtet hielten, infolge des Solidaritätsbemeines der Reformisten mit diesen in einer Einheitsfront zusammenzutreten, der vergißt eben, daß die Kommunisten aller Völker keine eigene Politik machen dürfen, sondern den Anweisungen aus Moskau unbedingt zu folgen haben. Und diese Anweisung lautete damals wie heute: Spaltung der Gewerkschaften und der Partei. Nach dem Generalstreik im Mai 1920 ging die Heße gegen die Gewerkschaftsführer und die Untergrabung der gewerkschaftlichen Organisationen mit verzehrendem Eifer weiter. Schließlich, als sich die Kommunisten stark genug glaubten, wogen sie die letzte Konsequenz und spalteten die gesamte Gewerkschaftsbewegung in Frankreich. Seit Januar 1921 gibt es in Frankreich zwei Gewerkschaftszentralen. Ein Jahr darauf wurde auch die Partei gespalten.

Nachdem die Kommunisten aber nicht mehr ihren Zerstörungskampf gegen die „Verräter“ führen können, führen sie nun einen heftigen Krieg gegeneinander. Es gibt in dem „Einheitsgewerkschaftsbund“, wie er sich selbst nennt, mehrere Richtungen. Die eine Richtung ist die unbedingte Unterwerfung unter Moskau, die zweite zielt sich ein wenig und macht Vorbehalte, die dritte schließlich ist syndikalistisch. Und nun ging das Fellenbauen der drei Richtungen gegeneinander los. Bald siegte die eine Richtung, bald die andere. Gegenwärtig haben die unbedingten Moskauer das Heft in den Händen. Damit sind die anderen aber nicht zufrieden. Eine der wenigen Organisationen, die über einige tausend Mitglieder verfügt und dem kommunistischen Gewerkschaftsbund angeschlossen ist, der Bauarbeiter-Verband, ist syndikalistisch. Er hat offen die Fahne der Rebellion gegen Moskau erhoben und droht mit Austritt.

Der alte Gewerkschaftsbund hatte nach anderthalbjähriger mühseliger Organisationsarbeit wieder etwa 600 000 Mitglieder von den einstigen 2 Millionen vereinigt. Die Kommunisten dürften bestenfalls 100 000 Mitglieder zählen. Wie lange diese „Herrschaft“ noch dauern mag, ist freilich eine Frage. Jedenfalls hat die französische Arbeiterbewegung sie mit ihrer Ohnmacht bezahlen müssen. Diese Ohnmacht der französischen Arbeiterbewegung hat aber auch die deutsche Arbeiterbewegung zu fühlen bekommen. Der „Weiterleitung des Kampfes“ in Frankreich im Mai 1920 danken wir es, daß die französische Regierung die Ruhrbesetzung wagen konnte.

Kommunisten als Verbandstagsdelegierte!

Die Wahl der Delegierten zu den Verbandstagen der Gewerkschaften ist an keine andere Bedingung geknüpft als die der Mitgliedschaft, höchstens die einer bestimmten Mitgliedschaftsdauer. Eine jede Gewerkschaft setzt dabei ohne weiteres voraus, daß die Mitglieder nur solche Kollegen und Kolleginnen als Delegierte in Vorschlag bringen, die es sich besonders angelegen sein lassen, die Sache ihres Verbandes und damit die seiner Mitglieder im Rahmen der Verbandstätigkeiten zu vertreten. So sehr es zu begrüßen ist, wenn als Delegierte Personen gewählt werden, die nicht von vornherein mit allem einverstanden sind, sondern sich auf Grund langjähriger praktischer Mitarbeit in der Organisation in manchen Dingen eine eigene Meinung gebildet haben und diese bei der Generaldebatte über den Geschäftsbericht, in der Diskussion über die besonderen Resolutionspunkte oder bei der Beratung der Entwürfe zur Geltung zu bringen, so wenig erwünscht ist es, wenn eifrige Duerkämpfer sich auf dem Verbandstage bemerkbar machen und ihm keine kostbare Zeit stehlen. Die Wahl solcher Delegierten konnte nicht immer vermieden werden, und die Verbandstage mußten sich damit abfinden, so gut oder schlecht es ging. Es ist eine alte Erfahrung, daß irgendein Narr oder Demagoge, der in den Versammlungen jedwede Maßnahme der Verbandleitung und jedwede Verbandseinrichtung heruntermacht, bei Urteilsunfähigen als tüchtiger Kerkel gilt und deshalb alle Auskünfte hat, gewählt zu werden. Aber auch hierbei handelte es sich um Personen, die aus irgendwelchen Kleinigkeiten, meist persönlichen Motiven, Ehrgeiz, Posten-jägererei u. dgl. in den Vordergrund traten, sich jedoch formell im Rahmen der Verfassung der Organisation bewegten.

Seit der Errichtung einer Filiale der bolschewistischen Zentrale in Moskau in Deutschland aber, seit ihrer erfolgreichen Fellenbauer innerhalb der Gewerkschaftskörper, ist in die Delegierten-

wahlen zu den Verbandstagen ein neues übleres Moment gekommen, das zu der Frage führt, ob ein Mitglied der kommunistischen Partei Verbandstagsdelegierter sein kann. Er kann gemäß dazu gewählt werden, solange er Mitglied des Verbandes ist. Er kann jedoch, moralisch betrachtet, als Kommunist nicht Gewerkschafts- bzw. Verbandstagsdelegierter sein. Will er sich im Rahmen der gewerkschaftlichen Grundzüge halten, sein Mandat nach bestem Wissen und Können ausüben, dann vertritt er gegen die Weisungen seiner Partei, die ihn deswegen zur Rechenschaft zieht. Folgt er aber diesen Weisungen, weil er sich der K.P.D.-Zentrale stärker verpflichtet fühlt als seiner Gewerkschaft, dann kann er mit den Aufgaben dieser Partei unmöglich sein Mandat zum Verbandstag im gewerkschaftlichen Sinne ausüben. Die Gewerkschaften können sich keiner Partei, am wenigsten aber der kommunistischen Partei unterstellen, die die Gewerkschaften ihren Parteinteressen unterordnen und sie sich dienstbar machen will. Kommunistische Delegierte werden systematisch darauf aus-

Achtung, Betriebsfunktionäre!

Die Betriebe, für welche heute „Vorwärtsagitator“ angeheißt ist (Metallbetriebe, Eisenbahner, Reichsdruckerei und Straßenbahn), müssen bestimmt belegt werden. Kein Exemplar darf in der Spedition liegen bleiben.

gehen, die Gewerkschaften unter das Joch ihrer Partei zu bringen, also eine Tätigkeit entfalten, die mit der ganzen Existenz der Gewerkschaften, mit ihren Aufgaben und Zielen absolut unvereinbar ist. Je mehr die K.P.D.-Zentrale die Einheitsfront der Gewerkschaften untergräbt, um so lauter ruft sie nach der „Einheitsfront“ — in ihrer Partei. Die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder werden eben deshalb ihren Kandidaten zur Wahl verbieten. Für alle nichtkommunistischen Gewerkschaftsmitglieder jedoch, insbesondere für alle politisch der K.P.D. angehörenden und ihr nahestehenden Gewerkschaftsmitgliedern muß bei jeder Delegiertenwahl, insbesondere auch bei der Urwahl der Delegierten zum Metallarbeiter-Verbandstage die Parole als selbstverständlich gelten: Keine Stimme den kommunistischen Kandidaten; kein Beistehen, keine Stimmhaltung; jede Stimme den auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehenden Kandidaten der K.P.D.-Fraktion!

Die Löhne der russischen Metallarbeiter.

August Enderle weist in Moskau und bezieht die deutschen Arbeiter mit ruhigen Schilderungen der Lage der Arbeiter in Rußland. In der „Roten Fahne“ vom 28. Juni lesen wir in Fettdruck: „Nach den einzelnen Industrien beträgt der Arbeitslohn gegenwärtig: in der Metallindustrie 68 Proz. in der Textilindustrie 67 Proz. des Vorkriegslohnes usw.“

Wir bekommen eben die Nummern des Moskauer Gewerkschaftsblattes „Trud“ mit dem Bericht über den Verbandstag der Metallarbeiter, der hier vom 16. bis 21. Juni getagt hat und u. a. von Enderle und Walcher begründet wurde. Der Bericht des Verbandsvorstandes wurde von dessen Vorsitzenden Sapeleff erstattet. Ueber die Höhe des Arbeitslohnes heißt es da: „Der vom Verband erreichte Lohn beträgt durchschnittlich in der ganzen Republik 54,2 Proz. des Lohnes des Jahres 1913 („Trud“ vom 19. Juni).“

Aber schon am 20. Juni druckt der „Trud“ eine Berichtigung ab: In den Bericht hätten sich Druckfehler eingeschlichen, in der Wirklichkeit betrage der Reallohn des Metallarbeiters im ersten Quartal 1923 lediglich 36,5 Proz. des Vorkriegslohnes, im März d. J. 39 Proz.

Einen Tag später wird über den Bericht über Arbeitslohn referiert: Der Berichtsherausgeber Gurewitsch sagt:

„Der mittlere Lohn des Metallarbeiters hat am Ende des Jahres 1922 33 Proz. des (realen) Vorkriegslohnes erreicht, im ersten Quartal 1923 37—38 Proz.“

Und Enderle hört es alles (ob er es auch versteht?) und schreibt unbesorgt, daß der russische Metallarbeiter 68 Proz. des realen Vorkriegslohnes verdiene! Vielleicht ist der Druckfehler in der „Roten Fahne“ passiert, wo man natürlich auch weiß, daß der Vorkriegslohn der russischen Metallarbeiter weit unter dem der deutschen Metallarbeiter war.

Die neuen Buchdruckerlöhne.

Das Zentralschiedsamt für das Buchdruckgewerbe hat die Löhne für die beiden kommenden Lohnperioden vom 21. Juli bis 27. Juli und vom 28. Juli bis 3. August festgelegt. Der spätestens Donnerstag nächster Woche zusammentretenden Kommission liegt es ob, sich über einen Nachstoß zu einigen, nach dem sich nach Ablauf der jetzt geregelten beiden Lohnperioden die weitere Lohnbemessung auf Grund einer wertbeständigen Lohnklausel zu regeln hätte.

Die Spitzenlöhne werden vom 21. bis 27. Juli um 60 Proz. und vom 28. Juli bis 3. August um 80 Proz. erhöht. Es wird dringend empfohlen, diese Löhne in der im letzten Schiedspruch festgelegten Form zu zahlen mit der Maßgabe, daß etwa 2 % des Tariflohnes in einer auf volle fünfzigtausend M. nach unten abgerundeten Summe am Dienstag der Woche als Abschlagszahlung zu leisten sind.

Nach diesem Schiedspruch betragen die Mindestwöchenslöhne für Berlin in der Lohnwoche vom 21. bis 27. Juli: Klasse C (über 24 Jahre) verheiratet 941 000 M., ledig 903 000 M.; Klasse B (21 bis 24 Jahre) verheiratet 894 000 M., ledig 858 000 M.; Klasse A (19 bis 21 Jahre) verheiratet 823 000 M., ledig 790 000 M.; Neuausgelernte 677 000 M. Für die Lohnwoche vom 28. Juli bis 3. August Klasse C 1 058 000 resp. 1 018 000 M.; Klasse B 1 005 000 resp. 965 000 M.; Klasse A 926 000 resp. 889 000 M.; Neuausgelernte 762 000 M.

Die Aussperrung in den Krankenanstalten.

Vom Gemeinde- und Staatsarbeitervorband wird uns geschrieben:

Hast durch die gesamte Presse ist in den letzten Tagen die irrtümliche Kritik gegangen, daß die Differenzen zwischen Magistrat und dem Krankenpflegepersonal beigelegt seien. Richtig ist, daß der Magistrat sich dazu bequemt hat, die noch im Dienst befindlichen Personen im ungeteilten Aufwandsdienst zu beschäftigen, während die Entlassenen ihr volles Gehalt ausgezahlt bekommen.

Die bürgerliche Presse versucht die Deffektivität insofern zu düpiieren, als sie die Behauptung aufstellt, daß die Patienten in keiner Weise durch den Ausfall des Personals zu leiden haben. Wir stellen demgegenüber fest, daß beispielsweise im Rudolf-Wirchow-Krankenhaus an eine geordnete Krankenpflege gar nicht zu denken ist. Das Badehaus ist infolge Personalmangels geschlossen worden. Hunderten von Patienten wird die Behandlung verweigert, und zwar unter der vollkommen irreführenden Behauptung, daß das Personal im Streik stehe. Der dirigierende Arzt der dermatologischen Abteilung hat sich beschwerdeführend an das Medizinamt der Stadt Berlin gewandt,

weil es nicht möglich ist, den Anforderungen der Kranken auch nur annähernd gerecht zu werden.

In einer Reihe anderer Krankenanstalten sind wiederholt Patienten abgewiesen worden, bei denen die Ärzte die Aufnahme in das Krankenhaus als sehr dringend bezeichnet haben.

Geradezu skandalös sind die Verhältnisse in den Hospitälern. Die dort befindlichen, an unheilbaren Krankheiten Leidenden (Krebs u. dgl.) sind jeder Pflege bar, so daß sie seit Längerem durch nächtliche und beschmutzte Liegen, ein ekelregender Geruch verbreitet wird, der kaum zu ertragen ist. Trotzdem weigert sich der Magistrat, das ausgesperrte Personal einzustellen, bevor nicht die Schlichtungsinstanzen gesprochen haben. Bezeichnend ist übrigens, daß der Magistrat seine Maßnahme, die Tötung (des Befähigung) des Aufwandsdienstes, angeblich auf einen Beschluß des Etatsausschusses stützt, während in Wirklichkeit der Etat abgelehnt ist, so daß derartige Beschlüsse überhaupt nicht bestehen.

Die Löhne der Gemeinbearbeiter.

Für die dritte bzw. vierte Juliwoche sind folgende Löhne für die Gemeinbearbeiter Berlin gültig:

Ungelernte Arbeiter: über 18 bis zum vollendeten 21. Lebensjahre 14 704 M. bzw. 17 971 M., über 21 bis zum vollendeten 24. Lebensjahre 16 606 M. bzw. 20 296 M., über 24 Jahre 17 290 M. bzw. 21 143 M. Ungelernte Arbeiter: über 18 bis zum vollendeten 21. Lebensjahre 15 039 M. bzw. 18 379 M., über 21 bis zum vollendeten 24. Lebensjahre 16 985 M. bzw. 20 758 M., über 24 Jahre 17 693 M. bzw. 21 623 M. Handwerker: über 18 bis zum vollendeten 21. Lebensjahre 15 699 M. bzw. 19 185 M., über 21 bis zum vollendeten 24. Lebensjahre 17 750 M. bzw. 21 669 M., über 24 Jahre 18 469 M. bzw. 22 571 M. Jugendliche: 14 Jahre 3460 M. bzw. 4229 M., 15 Jahre 5190 M. bzw. 6333 M., 16 Jahre 7785 M. bzw. 9514 M., 17 Jahre 10 379 M. bzw. 12 685 M. Rindererwerbsfähige: über 18 bis zum vollendeten 21. Lebensjahre 11 963 M. bzw. 14 378 M., über 21 bis zum vollendeten 24. Lebensjahre 13 285 M. bzw. 16 238 M., über 24 Jahre 13 859 M. bzw. 16 914 M.

Ungelernte Arbeiterinnen: über 18 bis zum vollendeten 21. Lebensjahre 10 295 M. bzw. 12 880 M., über 21 bis zum vollendeten 24. Lebensjahre 11 625 M. bzw. 14 208 M., über 24 Jahre 12 109 M. bzw. 14 800 M. Ungelernte Arbeiterinnen: über 18 bis zum vollendeten 21. Lebensjahre 10 528 M. bzw. 12 866 M., über 21 bis zum vollendeten 24. Lebensjahre 11 890 M. bzw. 14 531 M., über 24 Jahre 12 385 M. bzw. 15 136 M. Qualifizierte Arbeiterinnen: über 18 bis zum vollendeten 21. Lebensjahre 10 989 M. bzw. 13 430 M., über 21 bis zum vollendeten 24. Lebensjahre 12 411 M. bzw. 15 168 M., über 24 Jahre 12 929 M. bzw. 15 800 M. Jugendliche: 14 Jahre 2179 M. bzw. 2664 M., 15 Jahre 3260 M. bzw. 3996 M., 16 Jahre 4904 M. bzw. 5994 M., 17 Jahre 6539 M. bzw. 7992 M. Rindererwerbsfähige: über 18 bis zum vollendeten 21. Lebensjahre 7411 M. bzw. 9057 M., über 21 bis zum vollendeten 24. Lebensjahre 8370 M. bzw. 10 230 M., über 24 Jahre 8719 M. bzw. 10 656 M. Reinigungs- und Scheuerfrauen: über 18 bis zum vollendeten 21. Lebensjahre 9064 M. bzw. 11 322 M., über 21 bis zum vollendeten 24. Lebensjahre 10 463 M. bzw. 12 767 M., über 24 Jahre 10 893 M. bzw. 13 320 M. Frauen- und Kinderbeihilfe 1440 M. bzw. 1760 M.

Da bis zum Wochenlohn die neuen Löhne nicht verrechnet werden können, kommen umgehend die nachstehenden Vorschläge zur Auszahlung:

18—21 Jahre: Männliche 270 000 M., Weibliche 165 000 M., 21—24 Jahre: 285 000 M. bzw. 175 000 M., über 24 Jahre: 300 000 M. bzw. 185 000 M., 14 Jahre: 60 000 M., bzw. 35 000 M., 15 Jahre: 90 000 M. bzw. 55 000 M., 16 Jahre: 135 000 M. bzw. 80 000 M., 17 Jahre: 180 000 M. bzw. 110 000 M. Rindererwerbsfähige: 18—21 Jahre: 210 000 M. bzw. 130 000 M., 21—24 Jahre: 225 000 M. bzw. 140 000 M., über 24 Jahre: 240 000 M. bzw. 150 000 M. Vorschuß für Frau und Kind je 30 000 M.

Wertbeständige Gehälter in der chemischen Industrie.

Am Mittwoch und Donnerstag fanden Verhandlungen über die Einführung wertbeständiger Gehälter für die Angestellten der chemischen Industrie statt. Es wurde schließlich eine engere paritätische Kommission gewählt, die am kommenden Dienstag zusammentritt, um die Grundlage für die wertbeständigen Löhne auszuarbeiten. Jedoch haben sich die Unternehmer bisher noch nicht verpflichtet, die wertbeständigen Löhne bereits für Juli in Kraft zu setzen. Andererseits haben sich die Unternehmer verpflichtet, bis spätestens 24. Juli das doppelte Bruttogehalt vom Juni als Vorauszahlung für Juli auszugeben.

Das Rundschreiben der Metallindustriellen.

Vom Hauptvorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird uns aus Stuttgart telegraphiert: Bezüglich Rundschreiben Oppenheimer. Ueber das Abkommen in der Berliner Metallindustrie ist unsere Darlegung, betreffend Wertbeständigkeit und Indexberechnung, richtig und entspricht dem veröffentlichten Wortlaut der Vereinbarung. Siehe auch Lohnerhöhung ab 16. Juli. Einbrief mit näherer Darlegung ist unterwegs.

Metallarbeiterwahl!

Die B.S.P.D.-Propagandaleiter aller Bezirke und die Mitglieder des Fraktionsvorstandes treffen sich am Sonntag früh 8 Uhr im Lokal von Spiegel, Kärterstraße 1.

Der Fraktionsvorstand.

Lohnregelung in der Berliner Metallindustrie. Durch Lohnverhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller wurde vereinbart, daß für die Lohnwoche vom 20. bis 29. Juli kein gleitender Umrechnungsfaktor in Anwendung gebracht wird, sondern alle Akkordpreise mit dem gleichen Umrechnungsfaktor von 1,36 erhöht werden. Metallartell: Ulrich.

Angestellte der Kunst- und Bauhölzereien und Goldschmiedeleisten! Bei den gelagerten Verhandlungen wurde eine weitere Abschlagszahlung in Höhe von 100 Proz. des Juni-Bruttogehalts, zahlbar ab Sonnabend, den 21., vereinbart. Die Verhandlung über das endgültige Juli-Gehalt ist am Donnerstag, den 26. Juli, und bitten wir, über weitere Nachrichten die Arbeiterpresse zu verfolgen. J.B., Wab, D.W.S.

Achtung, Chirurgiemechanik! Die gestrigen Lohnverhandlungen haben sich zerschlagen. Die Kommission hat deshalb den Schlichtungsausschuß angerufen. Die Vertretung der Vertrauensmänner und Betriebsräte am Dienstag, den 24. Juli, kann aus diesem Grunde nicht stattfinden. Die nächste Bekanntmachung zur Verlamtung findet durch die Presse statt.

Verantwortlich für Politik: Walter Schifff, Berlin; Wirtschaft: Erich Göttern, Reichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Fraktionen: Dr. John Schilowick, Charlottenburg; Lokales und Sonstiges: Fritz Reichel, Berlin-Wilmersdorf; Anzeigen: Th. Giese, Berlin. Verlag: Germania-Verlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Germania-Verlag-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 6, Lindenstraße 2, Stern 1 Verlag.

Arbeiterschutz in den Betrieben.

In der Jugendzeit des modernen Kapitalismus entstanden jene häßlichen Fabriken mit ihren niedrigen, von Staub und Lärm erfüllten Arbeitsräumen, die bis zum heutigen Tage noch nicht gänzlich verschwunden, noch in vielen Köpfen das Grauen vor jeglicher Fabrik erwecken. Soziale Rücksichten kannte man damals noch weniger als heute. Frauen und Kinder wurden gezwungen, in diesen, jeder Hygiene hohen sprechenden Räumen bis zu 18 und auch 20 Stunden am Tage zu schaffen, ja es gab Kerle, die eine solche Arbeitszeit als durchaus nicht gesundheitschädlich bezeichneten. Soziale Reformer, wie beispielsweise ein Robert Owen, erregten wohl Aufsehen, zumeist auch Anerkennung, mehr aber noch wurden sie verlacht und verspottet, mit Mißtrauen betrachtet und belächelt. Wenn es auch heute noch viele Betriebe, insbesondere die sogenannten „kleinen Querschnitte“ gibt, bei denen in hygienischer und sozialer Hinsicht sehr viel zu wünschen übrig bleibt, so hat sich dennoch die Grundeinstellung in bezug auf den Schutz der Arbeiter geändert. Allerdings werden auch heute noch nicht soziale Einrichtungen in den Betrieben aus reiner Liebe zur Arbeiterschaft geschaffen. Für den kapitalistischen Unternehmer, der auf Profit eingestellt ist, kommt die Wirtschaft in erster Linie, in welchem Abstände erst folgt die Sozialpolitik und wenn der Unternehmer an den Arbeiter denkt, denkt er sicherlich immer zuerst an seine Arbeitskraft.

Was vom Betrieb gefordert wird.

Ein Minimum sozialer und hygienischer Verpflichtungen ist heute jedem Unternehmer gesetzlich auferlegt. Das Gesetz fordert von ihm, daß er seinen Betrieb so einrichtet, daß die Arbeiter gegen die Gefährdung ihres Lebens und ihrer Gesundheit soweit geschützt sind, als es die Art des Betriebes gestattet. Die Arbeitsräume sollen hinlänglich mit Licht und Luft versehen sein — und der entstehende Staub und Abfall soll rechtzeitig entfernt werden. In jedem Betrieb sollen die Verhaltungsmaßregeln für die Arbeiter ausgehängt und beachtet werden, die für eine gefahrlose Abwicklung der Arbeit nötig sind. Schädliche Dünste oder Gase müssen durch mechanische Absaugungsrichtungen abgelaugt werden. Ferner ist für gut erleuchtete Umkleeräume und ausreichende Wascheinrichtungen zu sorgen, wobei eine Waschküche auf fünf Personen gerechnet wird. Bei besonders schmutziger Arbeit sollen den Arbeitern nach Schluß der Arbeitszeit Brausebäder zur Verfügung stehen. Schließlich sollen für die Arbeiter, die den Betrieb nicht während der Mittagspause verlassen, Speiseräume mit Tischen und Sitzgelegenheiten sowie Barrichtungen zum Wärmen von Speisen vorhanden sein.

Neben diesen allgemeinen Maßnahmen wird in gesundheitslicher Hinsicht verlangt, daß der Gesundheitszustand der Arbeiter bei ihrer Einstellung und bei ihrer Tätigkeit berücksichtigt werde. In staubigen Betrieben dürfen beispielsweise Arbeiter, die an Atemwegsbeschwerden leiden, nicht eingestellt werden, mit Hautkrankheiten behaftete dürfen nicht mit ätzenden Stoffen arbeiten. Fernerhin soll die Überanstrengung einzelner Körperstellen vermieden werden, auch soll die Arbeiterschaft gegen die Einwirkung starker Hitze und Kälte sowie erheblicher Temperaturschwankungen, sehr trockener und sehr feuchter Luft geschützt werden. Alle diese Maßnahmen erscheinen so selbstverständlich, daß der Umstand, daß sie erst gesetzlich festgelegt werden mußten, einen Schluß auf den Zustand der Betriebe in früherer Zeit zuläßt. Im übrigen sind sie schließlich so allgemein gehalten, daß ihrer Erfüllung recht weite Grenzen gesetzt sind. Ist genug hat die Arbeiterschaft um diese einfachen Forderungen fortwährende Kämpfe führen müssen.

Schutz vor der Maschine.

Zahlreiche Unfälle sind auf dem Felde der Arbeit durch mangelhafte oder völlig fehlende Schutzvorrichtungen an Maschinen bzw. durch die ungeeignete Kleidung der an ihnen Arbeitenden hervorgerufen worden. Erst kürzlich wurde wieder ein Betriebsunfall gemeldet, bei dem ein Bedienter von der Transmissionswelle und herumgeschleudert wurde, bis er tot zu Boden fiel. Nach den Vorschriften des Verbandes der Berufsvereinigungen sollen innerhalb einer Höhe von 1,80 Metern im Verkehrsreich und über den Arbeitsstätten freilaufende und gefahrerregende Triebwerke, wie Wellen, Räder, Riemen, Seile und dergleichen verkleidet und abgeschlossen werden. Moderne Werkzeugmaschinen mit elektrischem Einzelantrieb erfüllen meist die an sie nach dieser Richtung gestellten Anforderungen zur Unfallverhütung vorbildlich. Die Arbeiter und Arbeiterinnen, die an Maschinen beschäftigt sind, sollen eng an-

schließende Kleidung tragen. Immer noch haben sich solche vorbeugenden Maßnahmen als der beste Gefahrenschutz erwiesen. Arbeiterinnen insbesondere sollten Schuhmägen tragen, die das Haar vollständig abschließen und so verhindern, daß es etwa mit einer dünnen Welle in Berührung kommt und von ihr mitgerissen, zu recht schmerzhaften Verletzungen der Kopfhaut Anlaß geben kann. Man erlebt es aber zumeist, daß hübsche Mädchen um des „guten Aussehens“ willen mit solchen Schuhmägen nur teilweise das Haar bedecken und so den Zweck der Hauben illusorisch machen. Bei der Arbeit mit ätzenden Säuren sollen die Gefäße, die hier zur Verwendung gelangen, so geformt sein, daß ein Ueberfließen des Inhalts vermieden wird. Die Arbeiter aber sollen nie ohne geeignete Schutzkleidung mit diesen gefährlichen Stoffen arbeiten. Einige Fabriken liefern hierzu eine den Rumpf und die Oberextremitäten bedeckende Lederschürze, Gummihandschuhe mit langen Ärmeln, sowie säurefeste Gamaschen und Holzschuhe. Das Auge wird durch eine allseitig abschließende Brille geschützt. In ganz ähnlicher Weise kann sich der Schweißer schützen, nur daß an die Stelle der Gummihandschuhe solche aus Asbest treten. Gegen die ultravioletten Strahlen des Flammenbogens bei der elektrischen Schweißung gibt es Augenschutzgläser von besonderer Fä-

rbung, die in einen mittelalterlich anmutenden Lederhelm eingefassen sind. — In jedem Betriebe ist das notwendige Verbandsmaterial vorrätig zu halten. Verletzte, deren Wunde nicht durch einen Verband gestillt ist, sollen die Arbeit unterbrechen. Wegen dieser sehr berechtigten Forderung wird aus mancherlei Gründen oft verstoßen. Das Außerachtlassen dieser Vorschrift beweist nur zu oft, was von den bekannten Tiraden arbeitserfreundlicher Blätter zu halten ist, die über den „mangelnden Arbeitswillen der Arbeiterschaft“ nicht genug klagen können. Hier wie auch bei Erkrankungen ist es meist so, daß der Arbeiter sich erst dann krank meldet, wenn er geradezu liegen bleibt und der richtige Zeitpunkt für eine Heilung bereits verpaßt ist.

Wohlfahrt als Plage.

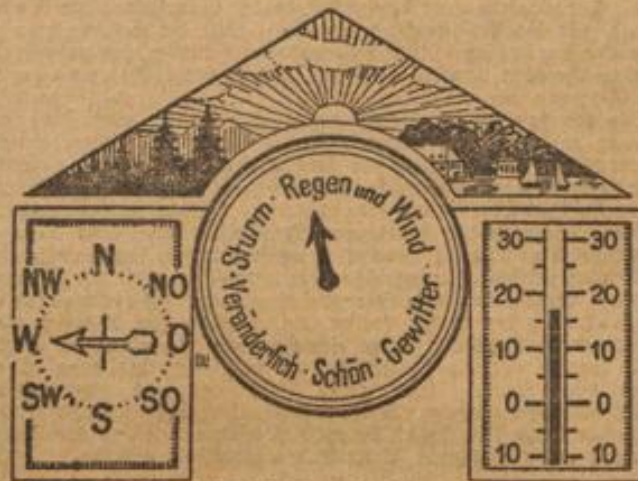
Viele Firmen sind bekannt wegen ihrer „Wohlfahrts-Einrichtungen“. Ist genug hat die Arbeiterschaft diese Wohlfahrt als Plage empfunden, weil sie ein Mittel sein sollen, den Arbeiter „wirtschaftsfeindlich“ zu machen und ihn an seiner gewerkschaftlichen Betätigung zu hindern. Vielfach wurden solche Einrichtungen geschaffen, um Arbeiter für einen in einer reizlosen Gegend liegenden Betrieb herbeizulocken und zu fesseln. Insbesondere haben es die Unternehmer sich sehr angelegen sein lassen, für ihre Angestellten besondere Wohlfahrts-Einrichtungen zu schaffen, um in ihnen den „Korpsgeist“ im Interesse des Unternehmertums zu stärken. Da gibt es Regel-, Ruder- und auch Segelclubs und Geselligkeitsvereine, es werden Fachkurse veranstaltet, man gewährt den Angestellten ausreichenden und schmackhaften Mittagstisch und anderes mehr. Wenn das alles geschieht ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung und die gewerkschaftliche Zugehörigkeit der von dieser Wohlfahrt Betroffenen, dann könnte niemand etwas gegen sie einwenden.

Die Unternehmer, die sich früher mit aller Kraft gegen die einfachsten Arbeiterschutzvorschriften wehrten, haben heute gerade den sozialen und hygienischen Verhältnissen besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Viele haben erkannt, daß der gesunde und ausgereifte Arbeiter Besseres zu leisten vermag als seine Brüder in vergangenen Jahrzehnten. Wenn auch diese geistige Umstellung noch nicht allgemein ist, so kann die Arbeiterschaft das bisher Erreichte doch als einen Erfolg ihrer Organisationen buchen, die zunächst mit allen ihren sozialen Forderungen auf schroffe Ablehnung stießen, sich aber immer wieder unermüdet für das geistige und leibliche Wohl ihrer Mitglieder einsetzten. Diese Erkenntnis ist einer der vielen Gründe, die die Arbeiterschaft veranlassen muß, auch in schweren Zeiten ihren Verbänden Treue zu bewahren.

Rund um den Straussee.

Der Straussee und Strausberg, die „Stadt am Straus“, sind das Ziel unserer heutigen Wanderung. Von den Fernbahnhöfen der Stadtbahn fahren wir zum Ostbahnhof Strausberg. Wir wandern neben der Bahn gen Ost, überschreiten die Chaussee nach Strausberg und kommen zum Pilz, einer kleinen Schutzhütte von pilzartiger Form. Von hier haben wir einen prächtigen Ausblick über die sich nach Süd erstreckende Niederung, die den vorliegenden nördlichen Teil des Stienhieses bildet. Mehrere ineinander liegende Erhebungen liegen in dieser feuchten Niederung. Hierbei sollen in früheren Zeiten die Bewohner Strausbergs mit ihrer Habe geflüchtet sein, wenn Kriegsnöte das Land heimsuchten. Vom Pilz wandern wir nordwestlich zum Annatal, das vom Stienhies- oder Bäderfließ durchflossen wird. Der Name Bäderfließ rührt jedoch nicht von Baden her, sondern ist auf das niederdeutsche Wort Bäte, Beete = Bächen zurückzuführen. Das Fließ entwässert das Seengebiet um Strausberg zum Stienhies. Die Seen und das Fließ sind als tiefe Rinne in die Hochfläche des Barnim eingelassen. Die Schmelzwasser des Inlandeises haben diese Rinne bei ihrem Abfluß zum Arktisarm ausgehöhlet. Sie läßt sich vom Stienhies durch die Müdersdorfer Gewässer, Raitsee, Glansee, Dämmerfließ bis zur Spree verfolgen. An der Schlagmühle vorbei, die jetzt nur noch Gasthaus ist, kommen wir zum Forsthaus Schlag. In der Nähe des Forsthauses stehen starke Tannen und alte, taarige Eichen. Die stärkste von ihnen steht südlich der Fließbrücke, dort, wo der Weg nach Garzau gen Ost von der Hennidendorfer Straße abzweigt. Über Stamm ist unten ausgemauert und hat in 1 Meter Höhe über dem Boden 4 1/2 Meter Umfang. Beim Forsthaus Schlag überschreiten wir das Fließ und kommen zum Herrensee, der von einem ziemlich breiten Schilfgürtel umgeben ist. Hier sollen noch Sumpfschildkröten und Fischottern vorkommen. Wir wandern zur Heegermühle und weiter nach Strausberg, dem alten Straubeberge. Die Stadt liegt am Ostufer des Straussees; sie besitzt noch Reste der alten

Wetteraussichten für Sonntag.



Zu Beginn dieser Woche herrschte im größten Teile Deutschlands ungewöhnlich starke Hitze und wurde auch durch leichte Gewitterregen, die in der Nacht zum Sonnabend an verschiedenen Stellen West- und Mitteldeutschlands herniedergingen, nur sehr wenig gemildert. Nachdem sich am Sonntag vormittag der Himmel wieder aufgeklärt hatte, stiegen die Temperaturen neuerdings an vielen Orten bis auf 35 Grad C. Nachmittags und in der Nacht zum Sonntag aber traten, während der südöstliche Teil eines zwischen Island und den Faröer gelegenen großen Tiefdruckgebietes von der südlichen Nordsee nach Dänemark vordrang, in Deutschland zahlreiche Gewitter und stärkere Regengüsse ein. Dabei drehten sich die Winde größtenteils nach Südwest oder West, wuchsen vorübergehend zu Sturm und führten eine bedeutendere Abkühlung herbei. In den folgenden Tagen wiederholten sich die Gewitterregen in den meisten Gegenden noch mehrmals und erst nachdem sich das Tief nordostwärts entfernt hatte, ließen die Niederschläge um Mitte der Woche wesentlich nach. Die Abkühlung nahm im Norden von einem Tage zum andern langsam zu. Seit Mittwoch überschritten dieselben auch die Mittagstemperaturen nicht mehr bedeutend 20 Grad C, wogegen in Süd- und Mitteldeutschland noch an vielen Orten 25, stellenweise sogar 30 Grad C erreicht wurden. Zwischen Donnerstag und Freitag morgen ist ein neues kräftiges Tiefdruckgebiet vom Atlantischen Ozean nach dem Europäischen Nordmeer gelangt, von wo es mit mäßiger Geschwindigkeit weiter ostwärts vorzudringen scheint, während das auf dem Biscaya'schen Meer gelegene Hoch sich ebenfalls verästert und den größten Teil Südwest- und Mitteleuropas in seinem Bereich mit aufgenommen hat. Bei ziemlich frischen westlichen Winden haben wir daher für Sonnabend und Sonntag zwar zeitweilige Aufheiterung, jedoch überwiegend bewölkt Himmel und öfters leichte Regenfälle zu erwarten. Dabei dürfte die Temperatur nicht unbedeutend schwanken, sich aber im Durchschnitt wenig ändern.

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Jetzt erinnerte er sich genau des Abends in Archangelst, als Iwan Michailoff schleppend und trunken über seine zusammen mit Andreas Pauli verübten feinen Kniffe berichtete: Phosphorblau leuchteten die elektrischen Lampen im Kasino des Klubhauses. Türen klapperten, die Eisestühle von draußen fuhr in Strahlen herein durch die Hitze, die von den gemaltigen Kaminen ausströmte. Neue Leute kamen mit den letzten Buletins, ein Panzerzug mit englischem Militär war in der Kaserne zuvor eingetroffen; die erste Botenschaft vom Vorstoß der Roten nach Norden. Jetzt sahen die ernsthaften englischen Chefs rauchend, von ihrem Bräutigam in Anspruch genommen, an ihrem Tisch und lauchten — nur ein wenig zu demonstrativ phlegmatisch — den verstorbenen, atemlosen Ordnonnanz, die kamen, eine Meldung stützten und hinausfielen. Im hinteren Saal, hinter halbgeschlossenen Portieren, klang es von Rubeln und Betons dort spielten die ersten Flüchtlingscharen. Der nächste Trupp, der kam, war weniger led. Die Leute hingen über eine alte Zeitung, die Stirnen dicht aneinander, bleich, übermüht, ätzend nerods nach der Reise, die sie, in Biehwagen gestopft, an den Trittbrettern hängend oder in Klumpen an ein Ventilrohr auf dem Wagendach geklammert, zurückgelegt hatten.

In der Nähe sah eine Gesellschaft, die etwas übermühter war und Champagner trank. Es waren die Fremdentolonien, die gerade nach zur rechten Zeit entkommen und nun vorläufig hier gefandelt waren. Sie stiegen an und lachten und prahlten in allen Sprachen, auf holländisch, Deutsch und Skandinavisch. Sie zeigten einander ihre Beute, die sie auf dem Diebesmarkt hinter den Wäldern der roten Truppen in Petrograd ein paar Tage nach Blünderung und Wehede gekauft hatten. Einer von ihnen stützte von einer Ritze mit Bildern aus den Balken der Großfürsten, ja aus der Eremitage selbst, wie es hieß, die für ein paar Bündel Tausendrubelscheine von einer taumelnden Patrouille gekauft und nun unter einem fremden Gefandtschaftsiegel auf dem Wege nach Kopenhagen waren. Bei einem Verkauf in England oder New York war der Besitzer seiner Million sicher.

Er war dickhäutig und unterlegt, hatte einen Kopf so rot

wie ein Hahn. „Staal!“ rief er auf dänisch und leerte sein Champagnerglas.

An einem Tisch für sich saß Iwan Michailoff. Er wintte Gude zu. Er hatte einen Schluckauf und zeigte betrunken mit dem Daumen nach hinten, wo die Fremden von den Gefandtschaften und die Delegierten des Roten Kreuzes im Gespräch mit Flüchtlingsen saßen, die Perlenkollern und Zigarettenetuis mit Juwelen — sogar ein Diadem aus Brillanten und Saphiren feilboten; es waren, so wurde erzählt, die Geschenke eines Großfürsten an eine Diva vom Ballett. Jetzt lag sie in der Reva nach einer Tournee von Mann zu Mann in der Kaserne der Roten und traf ihren Großfürsten wohl unter dem Eise mit abgerissenen Epauletten und Kopf: „Staal!“

Michailoff hob Gude sein Glas entgegen: „Staal!“ Er konnte ein paar dänische Ausdrücke: „Staal!“ und „Smulle Pigel“ und „Jeg elste dig!“ Er war in Dänemark gewesen „Kobenhavn jeg elste dig!“

Er stieß auf. Sein Bart sah in dünnen schwarzen Jotten auf den unsauberen grauen Wangen bis fast hinauf zu den entzündeten Augen.

Er wäre drüben gewesen, um ein paar Eisbrecher zu holen, erzählte er: die waren von seiner Regierung bestellt gewesen. Unter dem Zaren! — er spuckte in einem langen Strahl auf den Parkettboden — bei der Dänischen Werft „Datskaja njerf.“ schluckte er — „D-a-n-i-sche Werft.“ Er tupfte sich mit allen zehn Fingern auf seine weinsiedige Hemdbluse. „Ja, Iwan Michailoff, bin Obergenteur beim Bau der Murman- und Sorokajabuchtbahn!“

„Direktor Pauli“ sagte er und trant aus. „Staal!“ Das war ein Mann, ein guter Christ! Aber er hat mich angeführt!

Es klang, als zählte er Geldscheine. „Hundertfünfzigtausend Rubel!“ rief er schleppend. „Jar-Rubel, Brüderchen. Sie waren ihre Baluta wert damals! Nicht wie jetzt — Zigarettenpapier!“

„Na,“ sagte er, „bei uns in Russland ist es ja immer Brauch gewesen, wenn wir einer Firma eine Order von der Regierung verschaffen: Zwanzig Prozent von der Kaufsumme! Aber das gilt also auch in Ihrem Lande. Staal!“

„Ich war Survegar während des Baues,“ fuhr er fort, „und hielt mich zwei Monate in Kopenhagen auf. Ich kon-

trollierte die Ablieferung, mein Herr. Auf der Dänischen Werft!“ Er blinzelte vergnügt. „Hundertfünfzigtausend Rubel.“

Er schwieg. Seine Brauen verzogen sich, die breite Nase schnaufte. „Aber der Direktor führte mich an!“ sagte er müde. Gude blinzelte auf.

Der Russe nickte. „Er führte mich an. Er nahm die Hälfte. Für dreihunderttausend Rubel quittierte ich. Die Summe bezahlte die Dänische Werft, um den Auftrag zu bekommen, versehen Sie. Von meiner Regierung.“

Er schüttelte traurig den Kopf. „Aber mir gab der Direktor nur die Hälfte!“

„Wirklich?“ fragte Gude ungläubig. „Nur die Hälfte!“ versicherte Michailoff. „Natürlich mußte der gute Herr Andreas Pauli der Dänischen Werft meine Quittung für die ganze Summe geben. Aber ich bekam nur die Hälfte! Ja, mein Herr, nicht eine Kopeke mehr! — Einen Scheck auf hundertfünfzigtausend Rubel, das war alles, was ich bekam. Und die mußte ich noch dazu hinterher mit meinem Abteilungschef teilen!“

„Aber Direktor Pauli erhielt also die andere Hälfte von dem — Salair als seinen Anteil?“ hatte Gude gefragt.

Der Russe schlug mit der Faust auf den Tisch. Säge er hier vielleicht und Woge! Er hätte den Bewels schriftlich! Er suchte in einer ungeheuren Brieftasche mit Monogramm und fand einen freien Papier. „Glauben Sie, daß ich mir von dem Halunken den Streich spielen ließ, ohne nicht wenigstens eine Quittung von ihm zu bekommen!“ — Wo für hielt Gude ihn! Und geseht, der Abteilungschef hätte gehört, daß die von der Werft bezahlte Summe doppelt so groß war! Michailoff grinste: „Aber den Chef habe ich nun doch reingelegt!“ sagte er und streckte einen Finger gegen Gudes Nase aus. „Ich gab ihm nur fünfzig und sagte, daß das die Tage in Ihrem hochgeschätzten Lande wäre, mein Herr! Aber lesen Sie nur! Er schob Gude Andreas Paulis Quittung hin. Stand da vielleicht nicht: Empfangen Retour auf das Salair für Survegarance hundertfünfzigtausend Rubel — und unterschrieben Andreas Pauli!“ Iwan Michailoff schnappte den Papierseken und steckte ihn in seine Brieftasche. Er lästete nach seinem Glase: „Din Staal, min Staal!“

Hundertfünfzigtausend!“ seufzte er und stieß auf. (Fortsetzung folgt.)

Befestigung, auch Ueberbleibsel der alten Stadttore sind noch vorhanden. Die Marienkirche geht bis in das 13. Jahrhundert zurück. Der obere Teil des Turmes mußte vor einiger Zeit abgetragen werden. Die nähere und weitere Umgebung Strausbergs ist reich an vorgeschichtlichen Spuren. Wir verlassen Strausberg in nördlicher Richtung durch das Briesener Tor. Nach ¼ Stunde wenden wir uns an der Begrenzung nach links, zum Nordende des Strausbergs. Wir folgen nun dem Weg, der sich auf dem Westufer unmittelbar am See hinzieht. Der See ist nahezu 4 Kilometer lang und etwa 400 bis 500 Meter breit. Prächtiger Kieserhohwald erstreckt sich bis dicht an den See; der Uferstrand ist mit Laubgebüsch bebedt. Vom jenseitigen Ufer grüßt die „Stadt am Straus“. Wir wandern zum Südbende des Sees. Hier steigt der Marienberg auf, eine vereinzelt liegende, weithin sichtbare Kuppe, die sich 93,5 Meter über den Meeresspiegel oder 26,5 Meter über den Straussee erhebt. Wir können nun entweder auf der Chaussee zum Bahnhof Strausberg zurückwandern oder mit der Straßenbahn dorthin fahren. (Weglänge 21 Kilometer; die Straßenbahnfahrt verkürzt um 4 Kilometer.)

Ein Veteran der Presse.

Redakteur Robert Grundwald, der Senior der Berliner Journalisten, vollendet heute sein 70. Lebensjahr. Auf den Pressebüchern der Parlamente, mit denen er seit einem halben Jahrhundert durch seine Berufstätigkeit vertraut ist, schätzte man ihn allgemein als einen Kenner- und erfahrungreichen Kollegen. Nach dem Abiturientenexamen in seiner Vaterstadt Danzig studierte er in Berlin Philosophie und Philologie und widmete sich dann der Journalistenlaufbahn. Seit langem ist er jetzt Leiter der ehemaligen Oldenburgischen Parlamentskorrespondenz, die vor mehreren Jahren in den Besitz des Vereins Deutscher Zeitungsverleger überging. Auch den Lesern des „Vorwärts“ ist sein langjähriges journalistisches Wirken zugute gekommen. Drei Jahrzehnte hindurch haben sie aus seinen für den „Vorwärts“ geschriebenen Sitzungsberichten über die Stadtverordnetenversammlungen, deren Musterhaftigkeit in Journalistenkreisen anerkannt ist, reiche Belehrung geschöpft. Der greise Jubilar erfüllt in unermindelter geistiger Frische die schweren Pflichten seines verantwortungsvollen Berufes.

Der Kampf um die Wohnung.

Seltene Praxis eines Wohnungsamtes.

Seinem Karger über das rigorose Vorgehen des Wohnungsamtes Schöneberg hatte der Bankangestellte Max Marohl in einem sechs Seiten langen Schreiben Ausdruck gegeben, das den Gegenstand einer Beschwerde gegen ihn vor dem Schöffengericht Schöneberg bildete.

Der Angeklagte, ein schwer kriegsverletzter, hatte im Jahre 1921 geheiratet und war beim Wohnungsamt Tiergarten in die Wohnungsliste eingetragen worden. Im vorigen Jahre gelang es ihm, mit seiner Frau in die Zweizimmerwohnung des Kapellmeisters Preußler in Schöneberg einzuziehen. Preußler fuhr auf mehrere Monate in ein Engagement nach Riga und wollte die Wohnung nur noch als Untermieter mit dem Angeklagten als Hauptmieter bewohnen. Ein dahingehender Antrag wurde vom Wohnungsamt abgewiesen, dagegen wurde der Einzug Marohls als Untermieter durch polizeiliche Anordnung genehmigt. Auf eine Anfrage, ob er dauernd in der Wohnung gebudelt werden würde, hatte Marohl keine bestimmte Auskunft bekommen. Er rechnete aber bestimmt darauf, daß man ihm die Unterkunft lassen würde, und hatte darauf die Wohnung, die früher als Lagerraum eines Kriegslieferanten verwendet worden war und die daher fast unbewohnbar war, vollständig instand setzen lassen. Diese Gesichts hatte ihm viel Geld gekostet. Marohl war nun sehr erstaunt, als er im Februar eine Verfügung erhielt, daß er die Wohnung zwangsweise räumen müsse. Hiergegen erhob er durch seinen Rechtsbeistand, Rechtsanwalt Holz, Beschwerde, erhielt aber keine Antwort. Nach 14 Tagen begab er sich selbst zum Wohnungsamt, und hier wurde ihm von dem Dezernenten des Wohnungsamtes, Assessor Starke, erklärt, daß er in 24 Stunden auf die Straße gesetzt werden würde, wenn er nicht die Wohnung sofort freiwillig räume. Es wurde ihm aber eine Frist von 4 Wochen gewährt, wenn er einen Kewers unterschreibe, daß er nach dieser Zeit ausziehen und seine Besondere zurückziehen werde. Anforderungen unterschrieb Marohl diese Verpflichtung. Er wandte sich dann aber in einem Schreiben an den Vorsitzenden der Bezirksversammlung Prof. Vassen mit der Bitte, ihm durch die Bezirksversammlung Schutz gegen die Willkür des Assessors Starke zu gewähren. In dem Schreiben machte er dem Dezernenten den Vorwurf der Erpressung, Vergewaltigung, Unterdrückung und Zurückhaltung von Beschwerden, schmutzigen Schikanen. Dieses Schreiben war nun der Anlaß zu der jetzigen Gerichtsverhandlung.

Rechtsanwalt Dr. Nowak geißelte sehr scharf das Verhalten des Wohnungsamtes Schöneberg, das in seiner Art der Behandlung von Beschwerden und der Aufündigung von Zurücknahme der Besondere durch Androhung einer vierundzwanzigstündigen Räumungsfrist einzig dasteht. Dem Wohnungsamt Schöneberg kommt es darauf an, in der Statistik möglichst viele Wohnungen als „be-

legt“ aufzuführen. Interessant war auch die Angabe des Verteidigers, daß in die Zweizimmerwohnung eine allein stehende Dame eingewiesen worden sei, die einige Zeit vorher eine Einzimmerwohnung erhalten hatte. In diese Einzimmerwohnung sei dann eine fünfköpfige Familie eingewiesen worden. Den Beamten des Wohnungsamtes sei beziehungsweise durch Verfügung verboten worden, mit ihm, dem Verteidiger, überhaupt zu verkehren, weil er mehrfach Beschwerden über das Wohnungsamt in die Presse gebracht habe. Der Verteidiger hat, dem Angeklagten seine Verweisung zugute zu halten und ihn freizusprechen. Das Gericht nahm an, daß das Schreiben an sich in Wahrnehmung berechtigter Interessen geschrieben sei, in der Form aber habe der Angeklagte sich, gleichgültig, wie das Wohnungsamt sich ihm gegenüber verhalten habe, formeller Verleidigungen schuldig gemacht. Das Gericht hielt das Verhalten des Wohnungsamtes, die Eingaben und Beschwerden ohne Antwort zu lassen, nicht für ganz einwandfrei. Der Angeklagte war zu der Annahme berechtigt, daß seine Beschwerde zurückgehalten werde. Ein Mißbrauch der Dienstgewalt durch den Assessor Starke hielt das Gericht jedoch nicht für nachgewiesen. Das Gericht hat dem Angeklagten aber seine gereizte Stimmung zugute gehalten und eine Geldstrafe von 50 000 M. für ausreichend betrachtet.

Gegen die Uebertreter der Polizeistunde.

Die wichtigsten Bestimmungen.

Aus den Ausführungsbestimmungen zu der Verordnung über die Polizeistunde vom 9. Juli verdienen folgende Bestimmungen besondere Beachtung. Die Konzessionsurkunden müssen die Bedingung enthalten, daß in jedem der zugelassenen Räume alle Getränke, für welche die Erlaubnis erteilt ist, zum Ausschank zu bringen sind. Wo die Konzessionierung von Räumen dem öffentlichen Interesse widerspricht, wird die Erlaubnis verweigert. Die Polizeiamter werden in Zweifelsfällen vor Abgabe ihres Gutachtens das zuständige Wohnungsamt hören. Die vorerwähnten Bestimmungen über die Anforderungen an die Persönlichkeit des Bewerbers gelten für die Zurücknahme einer bereits bestehenden Erlaubnis. Das Rotgezeck gibt der Polizeibehörde die Möglichkeit der Schließung von Gastwirtschaften und anderen Räumen, die zu geschäftlichen Zwecken verwendet werden, und der Beschlagnahme der Räume.

Es kommen bei der Beschlagnahme der Räume zwei Fälle in Betracht, und zwar bei Räumlichkeiten, die für den Schankbetrieb bestimmt sind, die Schließung der Räume wegen Nichtvorhandenseins einer Konzession und die vorläufige Schließung eines Schankbetriebes wegen Unzuverlässigkeit des Schankwirtes. Andere Räumlichkeiten, in denen entgegen den bestehenden Vorschriften oder ohne die erforderliche Genehmigung Getränke ausgeschänkt, Speisen verabfolgt, Glücksspiele gebudelt, Tanzvorführungen veranstaltet oder das Tanzen gestattet werden, verfallen der Beschlagnahme. Zeitweilige Schließung des Lokals kommt jetzt, nachdem das Rotgezeck die Materie geregelt und der Polizei eine Handhabe gegen unzuverlässige Wirte gegeben hat, als Strafmaßnahme nicht mehr in Frage. Die Polizeiamter können daher neben Befragung und sogenannter Polizeiamterherabsetzung nur die vorher näher dargelegten Zwangsmaßnahmen ergreifen, sofern sie nicht in leichteren Fällen eine Verwarnung als ausreichende Verwaltungsmaßnahme ansehen.

Aushebung eines Nachlokals. Nachts gegen 1 Uhr bemerkte eine Streife der Kriminalpolizei, wie Schleppler Passanten in das Haus Tauentzienstraße 19 einziehen. Die Beamten gingen mit hinein und stellten in der Wohnung eines Hrl. Rand einen Nachtbetrieb fest. Mit Unterführung von vier uniformierten Beamten des nächsten Polizeireviers wurden 20 Personen, die es sich bei Sekt und anderen guten Dingen wohl sein ließen, festgesetzt. Mehrere Flaschen Sekt und ein größerer Posten Zigaretten sind beschlagnahmt worden.

Verhaftung eines Mörders.

Ein schweres Verbrechen, das schon über 1 Jahr zurückliegt, wird jetzt seine Sühne finden. In der Nacht zum 27. April v. J. traf der 26 Jahre alte Schlosser Artur Thiem in einer Schankwirtschaft in der Badstraße 9 einen alten Bekannten, den 28 Jahre alten Buchbinder Georg Friedrich wieder. Die beiden gerieten in einen Wortwechsel, und alsbald zog Thiem, ein wegen Diebstahls und schwerer Einbruchs schon wiederholt bestraffter Mensch, einen Revolver und schloß Friedrich ohne weiteres nieder, so daß er auf der Stelle starb. Mit dem Revolver in der Hand hielt er sich dann den Bier und die Gäste vom Beibe, gemann so den Ausgang und verschwand. Seitdem wurde der Verbrecher vergeblich gesucht. Gestern endlich trafen ihn Polizeibeamte in einer Schankwirtschaft in der Prinzenstraße und nahmen ihn fest. Er versuchte noch, sich mit einem falschen Namen herauszureden, wurde aber durchschaut, erkannt und der Kriminalpolizei übergeben. Wo er sich überall versteckt gehalten hat, bedarf noch der Aufklärung.

Ein unnötiger Zwischenfall.

Ein großes Polizeiaufgebot war gestern nachmittag zum Brunnenplatz entsandt worden, um ein öffentliches unentgeltliches Konzert des rühmlich bekannten Meinel'schen Männergesangsvereins zu verhindern. Als die Sänger erschienen, wurde ihnen von Schupo-Beamten mitgeteilt, daß die Abhaltung des Konzerts verboten sei, jedoch konnten sie eine Verfügung darüber nicht vorzeigen. Das Vorgehen der Polizei mußte in diesem Falle um so mehr Befremden erregen, als dem Vorsitzenden des Gesangsvereins auf seine rechtzeitige Anmeldung des geplanten Konzertes einmal vom Bezirksamt Wedding unter dem 17. Juli die Benutzung des Brunnenplatzes zur Abhaltung eines Konzertes genehmigt wurde, während das Polizeiamt Wedding unter dem gleichen Datum mitgeteilt hatte, daß das Erlauchen, ein öffentliches Konzert abhalten zu können, zur weiteren Verfügung an die Abteilung II in der Magazinstraße 3/5 abgegeben sei. Man hätte annehmen dürfen, daß in der Zeit vom 17. bis zum 20. dem Chor die Mitteilung hätte zugehen können, wie die Polizei sich zur Abhaltung dieser Veranstaltung stelle. Es hätte sich also die Wabilmachung eines großen Polizeiaufgebotes als völlig überflüssig erwiesen. Die Sänger begaben sich in ein Lokal in der Uferstraße und veranstalteten dort im geschlossenen Raum bei geöffneten Fenstern das Konzert. Ein Schupo-Beamter forderte den Wirt zum Schließen der Fenster auf, was dieser jedoch ablehnte. Nach Beendigung der Gesangsnummer erschien in 2 Personen ein größeres Polizeiaufgebot, um die zahlreiche Zuhörerschaft, die sich inzwischen angesammelt hatte, zu zerstreuen. Es fand jedoch keine Arbeit mehr und wichtige unrichtiger Dinge wieder mit seinem Kostwagen davonfahren. Wenn Arbeitwäger in uneigennützig Weise ihre Kunst der Beobachtung Berlins zur Verfügung stellen, sollte man auf der anderen Seite bei den Polizeibehörden ein etwas prompteres Erwidern erwarten dürfen. Größtes Entgegenkommen erscheint in diesem Falle durchaus angebracht. Vielleicht genügt diese Mahnung, um in der Zukunft solche völlig unnötigen Zwischenfälle zu vermeiden.

Nächtliche Sperrung des Stadtbahnverkehrs.

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, den 21. zum 22. d. M. werden wegen Ausführung umfangreicher Arbeiten an der Unterführung der Quisenstraße zwischen den Bahnhöfen Friedrichstraße und Vehter Stadtbahnhof die Stadtbahnzüge zwischen den Bahnhöfen Charlottenburg und Schlesischer Bahnhof an der Baustraße von 12 ¼ Uhr nachts ab für die Stadtbahnzüge beider Richtungen gesperrt. Als letzter Zug in der Richtung nach dem Schlesischen Bahnhof (Gleis 3) verkehrt der Zug 2947 nach Pflanzberg — Vehter Stadtbahnhof ab 12 26 Uhr —, in der Richtung nach Charlottenburg (Gleis 4) verkehrt der Zug 2633 nach Potsdam — Bahnhof Friedrichstraße ab

12 25 Uhr, — als letzter Zug über die Stadtbahnstrecke. Die weiteren nach bis zum Betriebsabluß verkehrenden Stadtbahnzüge beider Richtungen werden über die Fernstrecke 1 und 2 geleitet und die Zwischenbahnhöfe Sadowitzplatz, Tiergarten, Bellevue, Vehter Stadtbahnhof, Börse und Jannowitzbrücke vom Stadtbahnverkehr ausgeschlossen.

Unsere Arbeitersamariter.

Große Übung in Erkner. — Eröffnung einer Unfallwache.

Fast jeder hat schon Gelegenheit gehabt, das stille und uneigennützig Wirken des Arbeitersamariters kennen bzw. schätzen zu lernen. Ist er doch immer, wo es auch sein mag, zur Stelle, helfend einzuspringen, um dem Verletzten oder plötzlich Erkrankten unentgeltlich die erste Hilfe angedeihen zu lassen. Um der Öffentlichkeit, die Interesse an dem Samaritertum hat, die Einrichtung und das Können des Arbeitersamariters zu zeigen, veranstaltete der erste Bezirk Berlin und Umgebung am 29. Juli, nachmittags 2 Uhr, in Erkner auf dem Schulplatz eine große Übung, verbunden mit kinematographischer Aufnahme. Die Reichs- und Gemeindebehörden, insbesondere das Rettungsamt und das Gesundheitsamt sowie die Herren Ärzte sind hiermit ganz besonders eingeladen. Eintrittsgeld wird nicht erhoben werden.

Die Kolonne hat in Reudöllin, Dammweg, Ecke Sonnen-Allee, eine Unfallwache errichtet; dieselbe ist jeden Sonntag von morgens 9 Uhr bis 10 Uhr abends geöffnet. Behandlung für jedermann frei. Wir entsprechen hiermit dem Wunsch der Reudölliner Einwohnerschaft.

Das markenfreie Brot 30 000 — die Schrippe 1300

In vollen Strömen ergießt sich der ganze „Segen der freien Wirtschaft“ über die Verbraucher. Das Markenbrot kommt in der nächsten Woche auf 11 000 M., der Preis für markenfreies Brot ist aber schon längst darüber hinaus. Jetzt kommt die Mitteilung, daß vom nächsten Montag ab das markenfreie Brot 30 000, die Schrippe 1300 M. kosten sollen. Natürlich gehen alle anderen Sorten freies Gebäck in die Höhe. Die Preise klingen phantastisch, sind aber lediglich eine Folge der katastrophalen Entwicklung am freien Produktmarkt, wo gestern ein Pfund Weizenmehl im Großhandel bereits 11—13 000 M., ein Pfund Roggenmehl 9500—10 500 M. kostete. Dabei ist der Verteuerung des Mehls noch kein Ende abzusehen, nachdem gestern der Dollar in einem hüchem Sprunge von 218 000 auf 284 000 M. in die Höhe gegangen ist. — Die bürgerliche Reichstagsmehrheit hat es fertig bekommen, die freie Brotgetreidewirtschaft in den nächsten Monaten allgemein durchzuführen. Die Verteuerung der Lebenshaltung, die danach erfolgen muß, ist geradezu ungeheuerlich. Das schlimmste aber ist, daß man sich fast aller Mittel zur Beherrschung des Brotpreises entäußert hat. Die künstliche Verbilligung des Brotes wird bald auf einen ganz kleinen Teil des Volkes beschränkt bleiben. Um so mehr ist zu fordern, daß man durch wertebekämpfende Löhne einen Ausgleich für die wahnsinnige Verteuerung des Lebensbedarfes findet.

Getenert und ertrunken. Vorgestern morgen wurde die Leiche des 19jährigen Hausdieners Max Ebert aus der Schafstraße 50 an der Ostseite des Hühnersees gefunden. Ebert war am 14. d. M. bei einer Bootsfahrt getenert und ertrunken.

Unentgeltliche Lebensmittel stellten Potsdamer Geschäftsleute dem Magistrat zur Vinderung der Not für die Stadtarmen zur Verfügung. Sie sollen heute zur Verteilung gelangen. Außerdem hat die Stadt Potsdam einen Posten Rindfleisch zu einem Drittel des Tagespreises erstanden. Das Fleisch soll neben anderen Anteilen der Lebensmittelbranche demnach an die Kleintrentner zur Ausgabe kommen.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Am Freitag, den 27. Juli, abends 7 Uhr, im Central-Theater, Alte Poststraße, „Die Räuber“ von Schiller unter Mitwirkung allererster Schauspieler (Lauda, Gramack, George, Zelson, Kardowski). Karten zum Preise von 8 000 M. das Stück zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof 22r., Zimmer 8.

Typhusepidemie in hannoverschen Dörfern. In den Dörfern Ulfeld (Weine) breitet sich die seit Anfang Juli dort auftretende Typhusepidemie in beängstigender Weise weiter aus. In vielen Fällen sind ganze Familien erkrankt. Bis jetzt sind 16 Todesfälle vorgekommen. Das öffentliche Baden ist verboten worden. In der Stadt Ulfeld selbst ist die Seuche im Rückgang begriffen.

Aus der Partei.

„Sozialdemokratie und Regierung in Thüringen.“ Unter diesem Titel hat der Bezirksvorstand der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Groß-Thüringens eine Broschüre herausgegeben. Sie soll als Agitationsmittel dienen gegenüber der verheerenden Agitation der Kommunisten. Die SPD. hat in den letzten Wochen die Arbeiten der Thüringer sozialdemokratischen Regierung sowie die Tätigkeit der Thüringer sozialdemokratischen Landtagsfraktion in ihrer Presse und in Versammlungen in einer ganz verlogenen Weise dargestellt. Gegen diese falschen Darstellungen bringt die Broschüre des Bezirksvorstandes ausgezeichnetes Abwehrmaterial, dessen fleißige Benutzung den Genossen empfohlen wird.

Jugendveranstaltungen.

Der Bezirksamtsleiter Oberpreze veranstaltet heute, Sonnabend, den 21. Juli, und morgen, Sonntag, den 22. Juli, in Reberstraße eine Jugendtag. Heute abend findet um 8 ¼ Uhr im Aufständer die Begründung der am nächsten Tage und übernehmende. Am Sonntag nachmittag im Lokal Aufständer, Berliner Straße, findet eine Feiernunde statt, bestehend aus Musik, Gesang, Rezitationen, Feiern und Aufklärung des Spieles „Der Besenfuß“. Nachmittags 2 ¼ Uhr, in der Reberstraße große öffentliche Jugendtagung. Redner Genosse Hilde-Waggenburg. Nachdem gemeinsamer Almarich nach der Reberstraße zum Aufständer. Wir bitten die Jugendgenossen, trotz an der Veranstaltung teilzunehmen.

Wichtig! Jugendliche Metallarbeiter und -arbeiterinnen sowie alle Arbeiterinnen müssen sich am 22. und 23. Juli an der bestehenden Urwahl für den Verband der Metallarbeiter beteiligen. Wahlrechtlich sind alle Metallarbeiter, soweit sie nicht 6 Wochen mit ihrem Beiträgen im Verband sind. Jugendgenossen, wählt die Liste der Amharbamer Richtung, beginnend mit dem Namen Emil Weicht.

Heute, Sonnabend, den 21. Juli:

Mariendorf. Wanderung, Treffpunkt 8 ¼ Uhr am Bahnhof Mariendorf. — Reichsbahnstraße. Wanderung, Treffpunkt 8 ¼ Uhr Friedensplatz. — Kreuzberg. Wanderung nach Hangelberg-Roske. Treffpunkt 8 ¼ Uhr Bahnhof Stralau-Kummelsburg. — Roskoben. Eisenwanderung nach Götter-Eck. Treffpunkt 8 ¼ Uhr Hangelberg, Roskoben. — Bernauer Vorstadt. Wanderung Petzschdorfer See. Treffpunkt 8 ¼ Uhr Hangelberg, Roskoben. — Reichenhagen. Eisenwanderung nach Hültenwerder. Treffpunkt Sonntag, 9 Uhr, Bahnhof Schönholz. — Reichenhagen. Wanderung Groß-Beber. Treffpunkt 7 Uhr Schönholz. — Steglitz. Wanderung Reilig-Wilhelmsberg-Reichenhagen. Treffpunkt 8 ¼ Uhr Bahnhof Steglitz. — Kreuzberg. Wanderung Stralau-Roskoben. Treffpunkt 8 ¼ Uhr Bahnhof Roskoben. — Wilmersdorf. Wanderung Bernau-Weißer. Treffpunkt 8 ¼ Uhr Roskoben.

Morgen, Sonntag, den 22. Juli:

Südholz. Wanderung Corinthe. Treffpunkt 8 Uhr Riese. — Reichenhagen. Wanderung nach der Rühlischen Allee. Treffpunkt 8 ¼ Uhr Bahnhof Stralau-Kummelsburg. — Weißh. Wanderung nach Hangelberg. Treffpunkt 8 ¼ Uhr Bahnhof Hültenwerder. — Steglitz. Wanderung nach Tempel-Gras-Allee. Treffpunkt 8 ¼ Uhr Bahnhof Steglitz. — Weidenhagen. Treffpunkt nach Hangelberg. Treffpunkt 12 Uhr am See. — Reichenhagen. Treffpunkt zur Feiern der Bezirksamtsleiter 8 ¼ Uhr Bahnhof Reichenhagen.

Bist Du Sozialdemokrat?

Hast du nicht immer sozialdemokratisch gewählt? Warst du nicht in jeder sozialdemokratischen Versammlung? Galt es dir bisher nicht immer als selbstverständlich, daß jeder Arbeitende und die Sozialdemokratie zusammengehören?

Und trotzdem bist du nicht Mitglied der Partei? Trotzdem zögerst du, deinen Eintritt zu erklären und regelmäßig deine Beiträge für den Kampffonds zu bezahlen? Das müßt du sofort nachholen, indem du den nachstehenden Zettel ausfüllst. Es gilt für jeden Parteigenossen, neue Mitglieder zu werden. Also:

Zögere nicht!

Aufnahmeschein.

Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die Vereinigte Sozialdemokratische Partei (Bezirk Berlin, Abt. _____) An Beiträgen entrichte ich: Eintrittsgeld 600 M., _____ Wochen-Beiträge männlich zu 600, weiblich zu 200 M., Summe _____ M. _____ den _____ 1928. Vor- und Zuname: _____ geb. am _____ zu _____ Beruf: _____ Wohnung: _____ Gewerkschaftl. Organisation: _____ wo beschäftigt: _____

In den Bezirken kann hier Schrift den bekannten Bezirksvereinen der SPD. mit dem Anhang der sofortigen Eintragung übergeben werden.

Die USPD.-Metallarbeiter zum Verbandstag und zum letzten Streik.

In einer überfüllten Versammlung in den Sophienböden nahmen die Metallarbeiter unserer Richtung zur obigen Tagesordnung Stellung. Unter registrierter Aufsicht der Versammlungsleiterin schilderte Kollege Zippel Ursache, Verlauf und Ende des Streiks. Eingehend wies er darauf hin, daß durch die immer mehr um sich greifende Verleumdung der Arbeiterklasse sich auch unserer Kollegen eine ungeheure Erregung über die ungenügenden Zugeständnisse des RWM. bemächtigt hatte. Die Folge davon war die einstimmige Ablehnung des Schiedspruches vom 3. Juli. In der am Sonntag gewählten Streikleitung waren alle Groß-, Mittel- und Kleinbetriebe vertreten. Sie setzten sich zusammen aus dem Metallkartell und dieser gewählten Kommission. Insgesamt waren von 43 Mitgliedern 9 Mann im Angestelltenverhältnis der Metallkartell angehörenden Organisationen. Als nun die Streikleitung in ihrer ersten Sitzung Stellung nahm, herrschte nach kurzer unwesentlicher Diskussion Übereinstimmung, daß die vorgeschlagene Taktik des Vorstoßes und der Verwahrung als richtig anerkannt wurde. Das Bestreben einzelner Mitglieder, die der USPD. angehören, ging sogar dahin, die von ihnen vertretenen Betriebe herauszunehmen. Niemand von der Streikleitung hatte damit gerechnet, daß von vornherein mit einer derartig großen Zahl von Streikenden der Kampf sofort begonnen wird. „Im 3. Überwachungs waren wir, daß schon am anderen Tage zwei Anträge kamen, die Kampffront zu verbreitern.“ Dazu lag gar kein Anlaß vor, denn

was wir mit unserer Taktik erreichen wollten, hatten wir erreicht.

Als nun am Sonnabend von verschiedenen Stellen, u. a. auch von Seiten des Reichsarbeitsministeriums, Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen gewünscht wurden, herrschte wieder Übereinstimmung der gesamten Streikleitung, daß dieser Verhandlungsweg beschritten wird. Wenn man nun auch schon vorher denjenigen Kollegen, die wild herausgelaufen waren, zugute hält, daß sie in der ersten Erregung gehandelt haben, kam dieses nicht mehr in Frage, als Jedermann wußte, daß am Montag die Verhandlungen beginnen. Daß Betriebe noch in diesem Stadium herausgingen, bedeutete eine ungeheure Verschlechterung der Position unserer Verhandlungsführer. Die Verhandlungskommission, sowohl die größere wie die kleinere, setzte sich wieder zusammen aus Vertretern beider Richtungen. Auch im Reichsarbeitsministerium herrschte bis zum Schluß der Verhandlungen Übereinstimmung, daß das Ergebnis als Erfolg zu bezeichnen und unseren Kollegen zu empfehlen sei. Wenn außer den Kommunisten auch unsere eigenen Leute das Ergebnis als mager bezeichnen, so verkennt man dabei nur das eine, daß am Tage der Verhandlungen keine Arbeitergruppe in Berlin vorhanden war, die höhere Löhne hatte. Aber auch aus dem Reichdelegierten alle Meldungen, daß entweder die Verhandlungen schwebten oder aber Ergebnisse zu verzeichnen waren, die weit unter den Ergebnissen lagen, die wir erzielten. Erst nachher trat in Erscheinung, daß sowohl andere Verwaltungsstellen als auch Organisationen in der Lage waren, an Hand des vorliegenden Ergebnisses für die Berliner Metallarbeiter höhere Löhne abzuschließen. Aber außer diesem Ergebnis der Lohnhöhe hatten wir außerdem durch den Streik erreicht, daß wenigstens jetzt anerkannt wurde, daß in Zukunft

keine weiteren Senkungen des Reallohnes

eintreten sollen. Wir haben mit Rücksicht darauf gekämpft, daß unser Lohnberechnung zugrunde gelegt wird. Duzende von Raten hat Ulrich in den Funktärkörperbestritten über diesen Indez berichtet und nie Widerspruch gefunden, bis jetzt auf einmal unsere Kollegen nach dem Reichsindez schreien. Wir haben weiterhin erreicht, daß der Lohn in voller Höhe nicht erst nach acht Tagen gezahlt wird, sondern bereits am Montag % ausgezahlt werden. Wenn die Kollegen das jetzt mit einer Handbewegung abtun wollen, so zeigt das davon, daß sie nicht mehr in der Lage sind, objektiv nachzuprüfen, welche ungeheure Errungenschaft das namentlich dem RWM. gegenüber bedeutet. Es tritt allerdings die ganz merkwürdige Erscheinung zutage, daß unsere Kollegen auf jedes Geschrei, welches die Kommunisten anstimmen und welches angestimmt wird, nicht um unserer Bewegung, sondern dem Parteiinteresse zu dienen, hereinfallen und nicht den Mut haben, ihre eigene Meinung durchzusetzen.

Zu dem Rundschreiben, welches der RWM. herausgegeben hat und welches von der „Roten Fahne“ im Gegenjah zu dem Flugblatt gebracht wurde, wolle er bemerken, daß die Ziffer 1 des Rundschreibens aufgehoben wird durch die Ziffer 2, wo es ausdrücklich heißt: „Grundlage für die künftigen Verhandlungen ist eine private paritätische Preisfeststellung.“ Es herrscht auch Übereinstimmung, daß vielleicht noch die Liste des Deutschen Metallarbeiterverbandes erweitert werden muß. Wir haben seitens des Direktors Dr. Köhler von Siemens mehreremal auf das bestimmteste versichert bekommen, daß die Unternehmer

an der Wertbeständigkeit der Löhne nicht rütteln wollen.

so daß nur noch im Laufe der Zeit festgestellt werden muß, ob der angezogene gewählte Indez allen Anforderungen genügt. Es trifft auch weiterhin zu, daß sich die Löhne nicht automatisch mit der Preissteigerung erhöhen, was nicht ein Fehler ist, sondern zuzunehmen der Arbeiter ausschlägt. Die umläufige Preissteigerung ist mit 33 Proz. ermittelt worden, während wir in der Lage waren, bei den letzten Verhandlungen 36 Proz. zu bekommen. Daß wir gemäß dem 4. Punkt der Vereinbarung kein Interesse haben, der Öffentlichkeit gegenüber mitzuteilen, wenn die Preise festgesetzt werden und welche Lebensmittel die Grundlage bilden, sollte doch jeder als selbstverständlich ansehen. Zu Ziffer 8 wäre zu bemerken, daß wir erreicht haben, daß keinerlei Maßregelungen eingeleitet sind, bis auf ganz wenige Splitter von solchen Betrieben, die herausgegangen sind, als das Verhandlungsergebnis bereits vorlag. Wir können feststellen, daß von 130 000 Streikenden auch alle wieder eingekellert wurden. Das ist ein Erfolg, der alles bisher Dagewesene in den Schatten stellt, denn ein Kampf, der so geringe Opfer forderte, steht einzig in der Geschichte der Lohnbewegungen überhaupt da. Die Kollegen möchten im übrigen das eine nicht verkennt: Unsere Kollegen sind in den Kampf gegangen mit hoher Begeisterung, sie haben gefastet wie ein Mann bis zum Schluß, sie haben geschlossen die Arbeit wieder aufgenommen, nicht gedrohten Ruks, sondern gestärkt und in dem Bewußtsein, daß auch sie jederzeit in der Zukunft in der Lage sind,

falls es notwendig ist, den Kampf wieder anzunehmen.

Ueber die Taktik werden wir nicht in der Öffentlichkeit sprechen, weil wir nicht darum genug dazu sind. Sie wird bestimmt auf Grund der Sachlage und Kenntnis der Dinge, die nur naturgemäß von denjenigen Kollegen erkannt werden können, die an der Spitze einer derartigen Organisation stehen. Vertrauen gegen Vertrauen! Es darf nicht wieder in Erscheinung treten, daß während des Kampfes einzelne Kollegen glauben, daß der RWM. dazu da ist, einen politischen Generalstreik zu leiten. Das lehnen wir grundsätzlich ab und unsere Kollegen sollten erkennen, daß der RWM. eine Organisation ist zur Erreichung wirtschaftlicher Zwecke für unsere Mitglieder, und nicht der Prügelknabe, der sich von kommunistischen Parolen auf eine Bahn zweien läßt, die unbedingt in das Verderben der Metallarbeiter führen muß.

In der Diskussion sprachen die Kollegen Köhler, Schipper und Wolf Cohen. Cohen weist insbesondere darauf hin, daß er die Preisverwaltung zu ihrem Erfolg beglückwünschen könne, denn es darf nicht verkannt werden, daß erst mit dem Zeitpunkt des Lohnabschlusses für die Berliner Metallarbeiter es im ganzen Reich überhaupt möglich war, eine Fregate zu legen gegen alle diejenigen Unternehmerorganisationen, die weitere Zu-

geständnisse verweigerten. Das eine könnt ihr versichert sein, daß die Kommunisten, falls sie die Mehrheit in der Streikleitung gehabt hätten, diesen Erfolg als ungeheuren Sieg in alle Welt hinausposaunt hätten. Die Kollegen sollen sich nicht irreführen lassen, sondern dafür sorgen, daß das Geschrei der Kommunisten dadurch unterdrückt wird, daß alle ihre Stimme für die Liste A abgeben. Die Berliner Metallarbeiter sollten nicht verkennt, daß sie mit ihrem Streik nicht nur

bahnbrechend waren für ihre Organisation,

sondern daß an ihrem Erfolg alle Arbeiter Deutschlands in gleicher Weise ihren Anteil haben. Das ist um so höher zu bewerten, als feststeht, daß der RWM. die leitende Unternehmerorganisation ist in der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung führt der Versammlungsleiter aus, daß in dem bevorstehenden Wahlkampf zum Verbandstag außer dem Geschrei über den angeblich „verlorenen“ Streik (!) die Kollegen damit zu rechnen haben, daß noch ganz andere Verleumdungen auftauchen werden. Man wird auch wieder dasselbe Spiel aufziehen mit den Metallarbeitern wie mit der sogenannten Vereinigung der beiden Internationalen von den Transportarbeitern.

Zur Steuer der Wahrheit möchten wir heute schon hinweisen auf das Verhältnis des russischen Metallarbeiterverbandes zum Internationalen Metallarbeiterbund. Bei der Neugründung des Internationalen Metallarbeiterbundes wurden alle Metallarbeiterorganisationen aufgefordert, die restierenden Beiträge nachzuzahlen, denn auf dieser Grundlage sei die Fortsetzung des Bundes und seiner Mitgliedschaft möglich. Dem sind alle nachgekommen, aus die Russen nicht. Trotzdem reden sie den Arbeitern vor, daß sie noch dem Bund angehören. Immer haben die Russen Mittel gefunden, dem Anstich aus dem Wege zu gehen, aber das ist die kommunistische Unerschämtheit. Bei allen Veranstaltungen wünschen sie ihre Vertreter zu haben, damit sie ihre Propagandazwecke für die Moskauer an den Mann bringen können.

Eine große Rolle wird auf dem Verbandstag die Haltung der Preisverwaltung und auch des Vorstandes in Sachen der Ausschlußverfahren gegen Kommunisten spielen. Sagen wir, was ist im Metallarbeiterverband ist uns jeder, unbekümmert seiner politischen Anschauung, willkommen. Wenn aber einzelne glauben, durch ihre kommunistische Bestimmung einen Freibrief zu besitzen, in der gewerkschaftlichen Organisation um und lassen zu können, was ihnen beliebt, so irren sie sich. Das Statut macht derartige Unterschiede nicht, und ihm hat sich jeder unterzuzubehalten.

Wir haben damit zu rechnen, daß von der USPD. alles angeboten wird, um den Sieg der Liste B zu erzwingen. Deshalb ist es notwendig, daß alle unsere Kollegen ihren Mann stehen und sich am Wahltage ruhig zur Verfügung stellen.

Das Zentralkomitee ist bei Spiegel, Adressstr. 1. Telefon: Nothen 2736.

Wirtschaft Die Reichsbank repariert.

Der Devisenbedarf der deutschen Wirtschaft ist gegeben durch die notwendige Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, weil Deutschland weder die einen ausreichend produziert, noch die anderen in genügender Menge besitzt. Die deutsche Industrie ist heute mehr denn je auf Veredelung einzustellen, um aus dem Verkauf der veredelten Rohstoffe die erforderlichen Devisen zu erhalten.

Es bestehen Vorschriften der Außenhandelsstellen, daß aus dem Export anfallende Devisen mindestens zu 30 bis 40 Proz. an die Reichsbank abzuliefern sind, falls die Exporteure nicht nachweislich über die ihnen verbleibenden 60 bis 70 Proz. hinaus zur eigenen Rohstoffeinfuhr verbrauchen. Es ist also von vornherein eine sehr geringe Menge der anfallenden Devisen, die der Reichsbank zugeführt werden, vorausgesetzt, daß die Devisen überhaupt nach Deutschland gelangen und nicht im Ausland vor etwaigen Zugriff einer deutschen Regierung gesichert werden. Warum aber geschieht man unterschiedslos allen Exporteuren, auch den Händlern, die keine Rohstoffe importieren, den überwiegenden Teil der Devisen zu behalten? Die augenblickliche Devisennot findet bereits hierin eine teilweise Erklärung.

Zurzeit versucht sich die Reichsbank in einer erneuten Stillungsaktion mit den gleichen unzulänglichen Mitteln wie bisher und repariert, d. h. sie teilt die Devisen im Verhältnis der angeforderten Summe zu. Wir befinden uns dadurch bereits in einer außerordentlich kritischen Situation, nicht zuletzt durch die Schuld der Reichsbankleitung.

In den ersten Julitagen konnte die Reichsbank 40 Proz. der angeforderten Devisen zuteilen, und in der Folge sank die Ziffer bis auf 3 Proz., zuletzt auf 1/2 Proz. Die Reichsbank steht einem „Wahnsinn von Devisenanforderung“ gegenüber und kann sich das nicht erklären. Und es ist doch kein Wunder, sondern eine alltägliche Erscheinung bei jeder verhältnismäßigen Verteilung, daß der einzelne seinen Bedarf überfordert, um bei der Reparierung möglichst nahe an seinen wirklichen Bedarf zu kommen. So mußte die Zuteilungsquote immer weiter sinken zum Schaden des lebensnotwendigen Devisenbedarfs, der, wenigstens teilweise unter Kontrolle lebend, nicht überfordern kann.

Die Reichsbankdirektion hat in solchem Falle nur den Vapdarf: Wir haben keine Devisen und können nicht mehr zuteilen. Aber gute Ratschläge erteilt sie wenigstens dahingehend, im Ausland langfristige Kredite aufzunehmen. Solche sind aber nur zu haben gegen Verpfändung deutscher Werte. Es ist doch kaum anzunehmen, daß sich die Reichsbank der Konsequenz ihrer Ratschläge nicht bewußt ist; will sie wirklich eine solche Entwaldung fördern?

Der Reichsbank ist bekannt, daß man überall in Deutschland Devisen haben kann. Wer das notwendige Kleingeld hat und sich darauf verfaßt, besorgt sich Devisen. Nur die Reichsbank hat und — will keine. Ohne die notwendigen Devisen gibt es aber keine Rohstoffeinfuhr, und als Folge Einschränkung und Stilllegung der Produktion, Arbeitslosigkeit — Zusammenbruch, Hilf- und ratlos steht das Reichsbankdirektorium zu, wie die Wirtschaft immer schneller dem Abgrunde zuwilt, und es ist ihm doch ein Teil der Wirtschaftsführung anvertraut.

Im Januar, gleich nach Beginn der französisch-belgischen Ruhraktion, haben wir das Reichswirtschaftsministerium auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Devisenumlauf in Deutschland zu organisieren durch Schaffung einer Devisenzentrale bei der Reichsbank, weil wir es volkswirtschaftlich für falsch hielten, den Schlüsselindustrien die notwendigen Devisen für Rohstoffe zu sichern durch Genehmigung der Ausfuhr von Rohprodukten und Halbfabrikaten. Die Fertigungsindustrie und die Exporteure haben der Wirtschaft die Devisen zu bringen, die über die Reichsbank geleitet, dem Rohstoffeinkauf nutzbar zu machen sind.

Was aber sagte die Reichsbankleitung zu dieser Forderung? „Wir haben nicht genügend Personal, um diese Organisation zu schaffen.“ Unterstrichen wurde diese Stellung noch am 12. Juli: „Wir werden das auch in Zukunft ablehnen, und die Organisation der Devisenablieferung ist weit genug getrieben.“

Dieser passiv und aktive Widerstand des Reichsbankdirektoriums ist bereits zu einer akuten Gefahr geworden, und die Krisis hat eine bisher unerreichte Höhe erklommen. Die ausreichende Devisenbeschaffung ist lebensnotwendig; Devisen sind auf Schleichwegen zu erhalten, nur nicht bei der Reichsbank. So kommt die Forderung der Schlüsselindustrien ganz von selbst, an die weiterverarbeitende Industrie als Devisenbesitzerin auch in Devisen verkaufen zu dürfen. Das bedeutet in der Folgewirkung die Beilegung der Mark auch als Zahlungsmittel, nachdem sie als Wertmesser längst ausgeschaltet ist. Vorerst müßte allerdings die Devisenordnung beseitigt werden. Das Verhalten der Reichsbank hat solche Bestrebungen mächtig gefördert, und es besteht die größte Gefahr, daß durch Ausnahmebewilligungen der Anfang zur Beseitigung der Devisenordnung gemacht wird.

Nicht Abbau, sondern Ausbau der Devisenordnung und ihre Ergänzung durch eine wirksamere Außenhandelskontrolle ist dringend erforderlich. Was nützt es, wenn durch die Reparierung ein Dollarkurs gehalten wird, der 40 000 bis 70 000 Punkte unter der New Yorker Notierung liegt? Bei diesem Zustande liefert kein Devisenhaber etwas ab, wenn nicht starker Druck ausgeübt wird. Dazu bedürfen wir einer Ausdehnung der Außenhandelskontrolle; die Beseitigung, mindestens aber eine erhebliche Einschränkung der Freilisten; Kontrolle des Devisenverkehrs; besonders aber eine Kontrolle darüber, daß die Devisen nicht anders als in den in den Zustände deponiert werden; alle Devisen müssen einer Zentrale zugeführt, und die Einfuhr muß beschränkt werden auf die Lebensnotwendigkeiten. Ohne kräftige Eingriffe, die auch vor der Reichsbank nicht haltmachen, werden die augenblicklichen Gefahren zur Katastrophe für die deutsche Wirtschaft und eine Reparierung ohne die notwendigen Voraussetzungen kann dieselbe schließlich noch beschleunigen. h. Schillestedt.

Die Goldrechnung in der Privatwirtschaft greift immer mehr um sich. Jetzt wird bekannt, daß die U. G. B. in ihrem Konzern die Goldbuchführung allgemein eingeführt hat. Der ganze Betrieb ist so auf die Goldrechnung umgestellt worden. Nachdem die Preise in Gold festgesetzt wurden, wird jetzt auch die Kalkulation in Gold aufgestellt. Der Zeitpunkt ist also nicht mehr fern, wo auch die Arbeitskraft in irgendeiner Weise mit Goldmark gemessen werden muß, eine Forderung, die jetzt durch die Einführung von wertbeständigen Löhnen in einer Reihe von Tarifen sich ihrer Verwirklichung nähert.

Marksturz und Konjunktur. Mit jedem neuen Marksturz erhält die in ihren Grundfesten moribide Wirtschaft der Weidenerwertung einen Beifriedhof, der sie wieder eine Weile lang vorwärtsstreift. So hat auch der letzte Marksturz eine Verbesserung der industriellen Beschäftigung herbeigeführt. Waren im Mai noch 31 Proz. der Betriebe, die an das Reichsarbeitsblatt berichteten, schlecht beschäftigt, so waren es im Juni nur noch 43 Proz. Die Besserung ist also unverkennbar. Bei sorgfältiger Beobachtung zeigt sich aber, daß sie im Verhältnis zu dem rapiden Marksturz außerordentlich gering ist. Waren doch im Juni 1922, wo sich die Mark erst nach allmählich verfestigte, nur 10 Proz. der Betriebe schlecht beschäftigt, während es heute noch der Besserung noch 43 Proz. sind. Darum geht hervor, daß von einer Verschlechterung der Währung eine dauernde Verbesserung der Arbeitslage nicht zu erwarten ist. Zwar geht die Arbeitslosigkeit zeitweilig etwas zurück, auf der anderen Seite aber wird die Kaufkraft des Lohnes entwertet und der industrielle Warenmarkt bleibt hinter dem normalen Zustand immer mehr zurück, so daß die Verelendung der breiten Massen durch die Markentwertung noch weiter gesteigert wird.

Konsumvereine als Preisregulatoren. Gewisse kommunistische Genossenschaftler, die in diesem Fall allerdings den gedankensloßen und ungenossenschaftlichsten Teil der organisierten Verbraucherschaft darstellen, bestreiten von Zeit zu Zeit zur Freude des Händlerums die preisregulierende Wirkung der konsumgenossenschaftlichen Tätigkeit, obwohl die Praxis täglich zahlreich Beispiele für diese Wirkung liefert. Zurzeit erörtert man in Berlin und Umgebung die Brotpreise lebhaft. Dabei wird nach der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ festgestellt, daß in Athenon die Bäcker erklären, sie müßten den Brotpreis so niedrig halten, weil der Konsumverein (seine eigene Kalkulation mache, und weil die Bäcker sich einfach diesem Preise des Konsumvereins anschließen müßten, wenn sie ihre Rundschau nicht verlieren wollten. — Aus Brandenburg (Havell) wird dazu geschrieben, daß die Kalkulation des Konsumvereins in der Regel niedriger sei als die der Bäcker und daß die Brotpreissetzung in gemeinschaftlicher Sitzung des Magistrats, der Bäcker und des Konsumvereins zumißt noch der niedrigeren Berechnung des Konsumvereins erfolge.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finn. Mark 7780 G., 7819 B.; 100 österr. Kronen 390 G., 401 B.; 1 ungarische Krone 29,92 G., 30,06 B.; 1 jugoslawischer Dinar 3052 G., 3068 B.

Der „Vorwärts“

ist das einzige große, zweimal täglich erscheinende Organ der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er unterrichtet seine Leser ausführlich über alle wichtigen Ereignisse auf politischem, kulturellem, wirtschaftlichem und gewerkschaftlichem Gebiete.

Der „Vorwärts“ behandelt alle diese Dinge von der Warte sozialistischer Weltanschauung. Er will die Millionen schaffender Menschen zusammenfassen zu einem großen, festgeschlossenen Bund, der den kapitalistischen Tendenzen der bisherigen Gesellschaft die Schöpferkraft des Sozialismus gegenüberstellt.

Jeder Arbeiter und jeder Angestellte handelt daher im eigenen Interesse, wenn er dem „Vorwärts“ nicht nur selbst als Lesertreu bleibt, sondern auch ihm dauernd neue Freunde zuführt.

Man fülle folgenden Zettel aus und gebe ihn an den Vertrauensmann oder sende ihn an die Hauptexpedition des „Vorwärts“, S. M. 68, Lindenstr. 3:

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der täglich erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

voru — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei _____

